

b unabhängige **auernstimme**



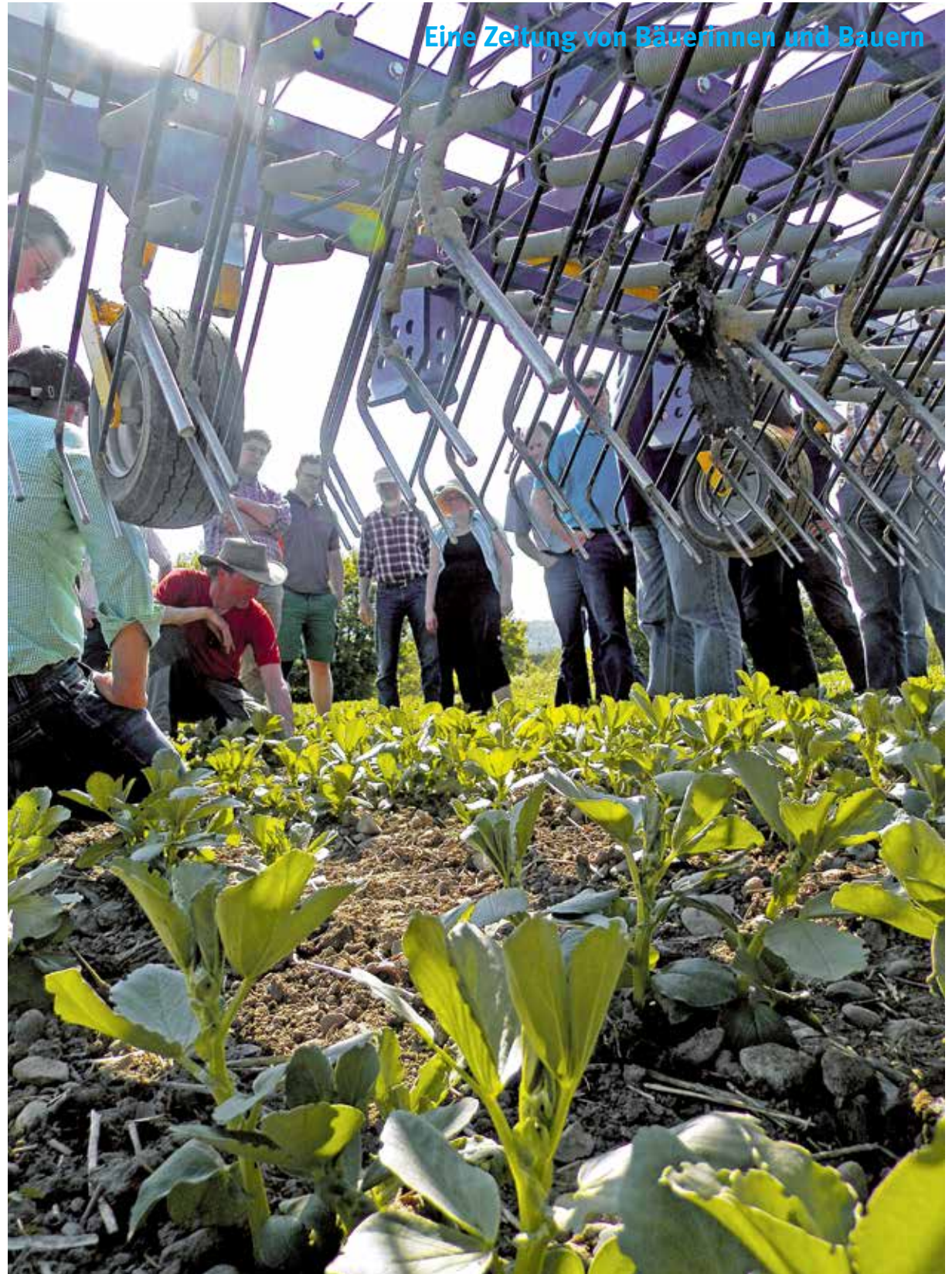
Entspurt zur ersten Wahl in der Landwirtschaft! Die Rentner bleiben ausgeschlossen, umso wichtiger ist, dass alle anderen eine echte Vertretung für bäuerliche Betriebe wählen.



In Westfalen lässt ein Bauer seine Sauen zwar noch nicht ganz raus, aber immerhin unter ihresgleichen, trotz oder weil sie gerade Ferkel haben. Einsichten in einen ungewöhnlichen Stall.



Milchbauernlegen in Österreich durch kartellartige Strukturen: Warum es keine Möglichkeiten für die Durchsetzung alternativer Vermarktungsstrukturen gibt, erklärt Milchrebell Ernst Halbmayr



Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Perspektivwechsel auf dem Acker



Die Seite 3

Neue Regeln für den Flächenmarkt 3



Agrarpolitik

„Wenn Sie eine nordirische Kuh sind ...“ 4
 Sozialwahl-Ergebnisse Mitte Juni 5
 Solare Schattenseiten 7
 Möglichkeiten und Risiken neuer Gentechnik-Verfahren. 16
 Migration und Arbeitsbedingungen 18



Milch

Alternative Vermarktungsmodelle sind chancenlos 6



Bewegung

Der Bauer als Künstler 8
 Ferkelführende Sauen in Gruppenhaltung 10
 Patente verbrennen statt Konzerne zu stärken 17



Schwerpunkt

Mit Gefühl, Technik und möglichst wenig Wellenschlag 11
 Leguminosenflächen vorrangig ökologisch 12
 „Aufwuchs sehr zufriedenstellend“ 13
 Ackern über Wasser 14

Zu Besuch bei Max von Grafenstein und Bernd Schmitz, Seite 9;
 Nachbau, Seite 15; Lesen/Leserbrief, Seite 20-21; Veranstaltungen,
 Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23

Zum Titelbild:

Auf dem Feldtag des AbL Projektes „Eiweißfuttermittel aus Niedersachsen“ wird in einem Ackerbohnenbestand ein ein Hektar großer Streifen mit Grubber, Striegel und Hacke bearbeitet, im Vergleich zur Variante pfluglos mit mehrfachem Herbizideinsatz.



Ackerbau „zukunftsstabil“

Sie war gut gebaut, im besten Alter und voller Zuversicht, als sie sich, wohl überlegt und furchtlos, in die vermeintlich unendliche Tiefe fallen ließ. Es war ihr wohl zu heiß geworden auf der Kante meiner Kaffeetasse. In den nahe gelegenen großen, schwarzen Teich hinter ihr wollte sie nicht – auch nicht wenn oder gerade weil viele andere darin schon untergegangen waren! Voller Bewunderung und Interesse schaue ich zu und frage mich: Woher nimmt sie den MUT, das Andere, Ungewisse zu wagen? Woher weiß sie, dass sie dem immensen Gegenwind auf ihrem Weg so viel WIDERSTAND entgegen setzen kann, dass die Fallgeschwindigkeit abgebremst wird, sie sicher landet? Warum hat sie genau die RICHTIGE GRÖSSE? Ist nicht ZU KLEIN, um vom Wind weggetragen zu werden, nicht ZU GROSS, um beim Aufprall zu zerplatzen? Sie kennt ihre eigene STABILITÄT. Sie fällt auf die Füße ihrer VIELEN BEINE oder rappelt sich schnell wieder auf. Sie ist AKTIV und FLEXIBEL, kann sich, kaum unten angekommen, sofort wieder orientieren und auf die geänderten Bedingungen reagieren. Und doch ist sie nicht allein. Wie aber funktioniert die KOMMUNIKATION mit den vielen Artgenossen? Wie kann dieses riesige TEAM in dem großen Garten meines Ackers ein GEMEINSAMES ZIEL verfolgen, das allen INDIVIDUEN dazu verhilft, zu überleben?

All diese Fragen stelle ich mir, während ich über den Rand meiner Kaffeetasse schaue, der Ameise zuschaue und von der Natur lerne! Zunächst ist es sicher die Vielseitigkeit in der Anlage des Betriebes, die den langfristigen Erfolg ausmacht. Die Bestellung, Pflege und Ernte einer vielfältigen Fruchtfolge ermöglicht einen gleichmäßigen Arbeitsaufwand über zehn Monate des Jahres, ohne gefürchtete Arbeitsspitzen, die nur durch Zukauf von Lohnunternehmen zu bewältigen sind. Die Verteilung des Risikos auf verschiedene Standbeine, bei mir möglichst viele Ackerfrüchte, gibt dem Betrieb Stabilität und Flexibilität für die Zukunft. Die einzelnen Aufgaben sollten in der Arbeitserledigung zu jeder Zeit des Jahres einen erträglichen Arbeitsaufwand für dauerhaft angestellte Arbeitskräfte bedeuten. Über die vielen Standbeine kann so ein festes Team über das ganze Jahr ein gemeinsames Ziel erreichen. Aus der „ganzahligen“ Festlegung der Arbeitskräfte oder der Fruchtfolge ergibt sich eine optimale Betriebsgröße. Ein übermäßiges Wachstum über dieses Optimum hinaus ist nicht mehr sinnvoll! Durch weiteres Wachstum und fortschreitende Spezialisierung entstehen Arbeitsspitzen, die nur durch Fremdmechanisierung oder Lohnarbeit abgefangen werden können und langfristig den Bauern überflüssig machen.

Um zum richtigen Zeitpunkt effektiv das Richtige tun zu können, bedarf es einer modernen präzisen Landtechnik. Keine Gigantomanie, gigantische Flächenleistungen und Produktionszahlen sind nötig, um jeweils einen Bruchteil des Betriebes zu einem Termin zu bearbeiten. Wenn der Betrieb als Ganzes verstanden wird, die verschiedenen Ansprüche der Ackerfrüchte sich ergänzen und sich deren individuelle Fähigkeiten unterstützen, sind wir auf dem Weg zu einem nachhaltigen, auch in Krisen stabilen Landwirtschaftssystem.

Lasst uns dafür auch politisch kämpfen, viel zu oft verschwinden Geld und gute Ideen noch in schwarzen Teichen, einfach weil wir tun, was alle machen, nicht mutig genug sind, eigene Gedanken zu formulieren und neue Wege zu gehen. Von der mutigen Ameise über das Bodenleben, die Pflanze, moderne Technik, zufriedene Arbeitskräfte bis hin zu einem Bauern mit Zeit für einen Kaffee in der Hand wird so eine sozial- und naturverträgliche Brücke geschlagen, über die auch die Gesellschaft gern mitgeht, um gute regionale Lebensmittel zu erhalten. Lasst uns auf unseren Höfen täglich MIT der Natur arbeiten!

Jan Wittenberg,
 Ackerbauer und Mitglied des AbL-Bundesvorstands

Neue Regeln für den Flächenmarkt

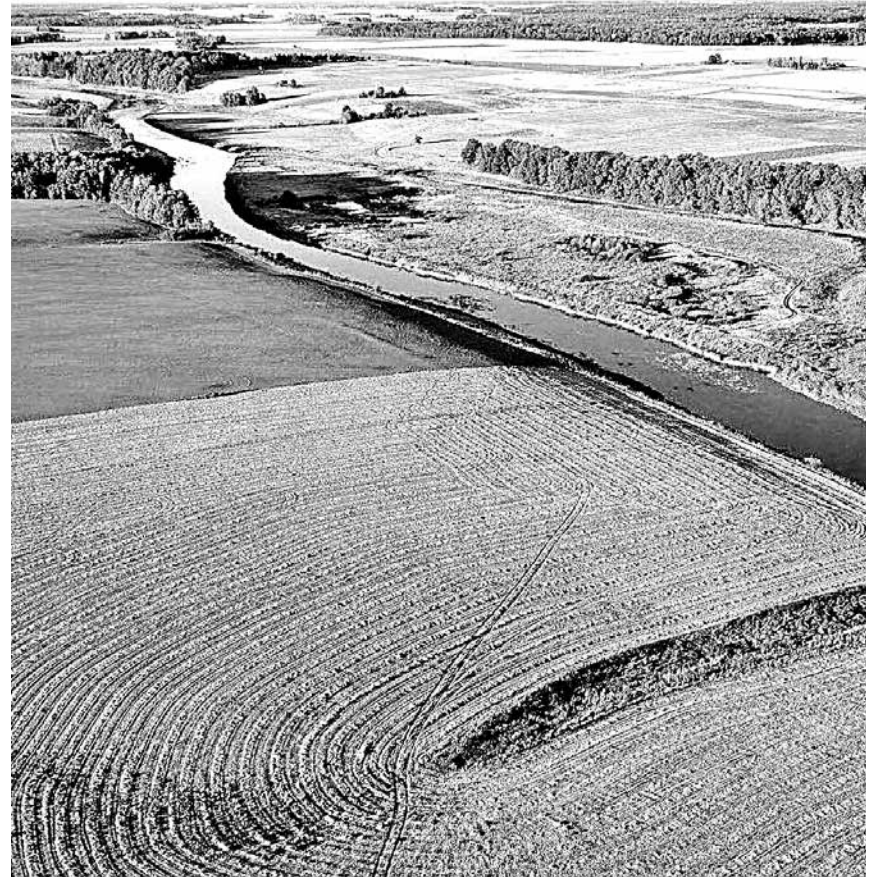
Bauernverband torpediert angemessene Flächenpreise und Besserstellung örtlicher Bauern

Bauernland in Bauernhand – mit diesem Slogan schickte das niedersächsische Landwirtschaftsministerium seinen im Kabinett abgestimmten Entwurf für neue Regeln am Pacht- und Flächenmarkt Mitte Mai ins Diskussionsrennen im Landtag. Die Ziele: Der Anstieg der Flächenpreise soll gedämpft werden, ortsansässige landwirtschaftliche Betriebe sollen Vorrang bekommen und vor zu starken Landkonzentrationsprozessen bewahrt werden. Mit diesem Schritt ist Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) immerhin schon einen Schritt weiter als sein ehemaliger Amtskollege in Sachsen-Anhalt, Hermann Onko Aeikens (CDU). Dieser hatte einen ambitionierten Vorschlag zur Diskussion gestellt, musste ihn jedoch auf Grund heftigsten Widerstandes von Seiten des bauernverbandlichen Berufsstandes zurückziehen, bevor er im Landtag beraten werden konnte. Mittlerweile ist Aeikens Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium und betont die Verantwortung der Länder, aktuelle Regeln für den Bodenmarkt zu schaffen. Auf einer Tagung der Landwirtschaftskammer Niedersachsen im Herbst 2016 zollte er der niedersäch-

sischen Initiative Respekt: „Niedersachsen greift wesentliche Schwachpunkte der veralteten Bundesgesetze auf und möchte die Position aktiver und ortsansässiger Landwirte auf dem Bodenmarkt stärken.“ Für wichtige Sachverhalte wie den Vorrang von Landwirten auf dem Kauf- und Pachtmarkt, die Konkretisierung der Preisdämpfungsregelung, die Definition der Marktbeherrschung und der ungesunden Anhäufung von Flächen sowie die Einbeziehung von Anteilskäufen seien engagierte Lösungen vorgelegt worden.

Querstellen trotz Regelungsbedarf

Doch auch in Niedersachsen stellt sich das Landvolk als regionaler Bauernverband ebenso wie die Landjugend und der Grundbesitzerverband – 2016 umbenannt in Familienbetriebe Land und Forst – gegen die Inhalte des Gesetzesvorhabens. Dabei hatten auch sie verschiedentlich grundsätzlichen Regelungsbedarf eingeräumt. Schließlich werden die steigenden Bodenpreise von Bäuerinnen und Bauern immer wieder als eines der drängendsten Probleme genannt. Laut aktuellem Landesgrundstücksmarktbericht ist Ackerland in



Den Markt für Boden transparent, gerecht und sinnvoll regeln Foto: Tim Caspary/pixelio.de

Widerstand aus interessierten Kreisen

Zur geplanten Novelle des Grundstücksverkehrsrechts in Niedersachsen hagelt es Kritik. Dass Agrarpolitiker von CDU und FDP nicht zustimmen, ist nicht verwunderlich, schließlich ist auch in Niedersachsen schon Vorwahlkampf. Da kann man es natürlich nicht zulassen, dass ein grüner Agrarminister das Thema Pacht- und Kaufpreise von Bauernland besetzt, nachdem die schwarz-gelbe Vorgängerregierung es jahrelang verschlafen hat. Denn dass den niedersächsischen Bauern der Preisanstieg schwer zu schaffen macht, ist unbestritten. Dass aber auch das Landvolk und die Junglandwirte gegen den Entwurf Sturm laufen, überrascht doch ein wenig, zumal sich das Landvolk bei einer Auftaktveranstaltung vor zwei Jahren durchaus problembewusst gezeigt hatte. Wenn z. B. die Bestimmung vehement abgelehnt wird, dass Bewirtschafter mit mehr als 25 % Flächenanteil in einer Gemarkung nicht mehr zum Zuge kommen, zeigt das doch deutlich, wessen Interessen hier vom Bauernverband vertreten werden! Grundsätzlich ist man gegen alles, was den Strukturwandel abbremsen könnte. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang die Argumentation von Professor Alfons Balmann, dem Direktor des Leibniz-Instituts für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) in Halle. Balmann, ohnehin kein Befürworter der nach seiner Meinung überholten bäuerlichen Landwirtschaft, bezeichnet die Größen Grenzen bei Gemarkungen als „lächerlich“. Kein Wunder, ist er doch aus Sachsen-Anhalt, wo die grüne Landwirtschaftsministerin Dalbert ebenfalls die Bodenrechtsfrage angehen will, andere Dimensionen gewohnt. So argumentiert er, der Preisanstieg in einer hoch industrialisierten Landwirtschaft sei nicht per se schlecht: „Hohe Bodenpreise sind auch ein Schutz. Gerade im Bereich Weser-Ems können Betriebe damit ihre extrem kapitalintensive Produktion bei Banken sichern“, sagte Balmann. Er verschweigt allerdings, dass ja gerade die hohe Verschuldung durch Beleihung der Flächen oft der Anfang vom Ende bäuerlicher Selbstständigkeit ist. Die Betriebe gehören im Grunde nicht mehr den Bewirtschaftern, sondern den Banken. Wenn dann noch, wie in Dänemark in der Wirtschaftskrise 2008, die Grundstücksblase platzt, ist auf einen Schlag eine ganze Branche stehend k.o., Investoren sind Tür und Tor geöffnet.

Ottmar Ilchmann, ostfriesischer Milchbauer und Vorstand AbL Niedersachsen

Niedersachsen seit 2010 jedes Jahr um etwa 13 Prozent teurer geworden, Grünland um neun Prozent. Die Preisspanne für verkaufte Ackerflächen reicht von 1,13 Euro bis 8,10 Euro pro Quadratmeter – noch darüber hinaus geht der höchste Wert von elf Euro im Landkreis Cloppenburg.

Während es in Sachsen-Anhalt um die Verhinderung von Konzentrationsprozessen und den Einstieg von Kapitalinvestoren in die Landwirtschaft ging, sträubten sich die Groß- und LPG-Nachfolgebetriebe gegen die angedachten Einschränkungen bei Anteilsverkäufen von Unternehmensgesellschaften – vor allem aber massiv gegen die Möglichkeit, Kaufgenehmigungen ab einem bestimmenden Flächenanteil innerhalb einer Region zu versagen.

Im Sinn des Gesetzes

In Niedersachsen sind gerade zu diesem Bereich viele Passagen aus dem Nachbarland übernommen worden, hinzugekommen ist die sogenannte Preisbremse ab 30 Prozent über dem ortsüblichen Niveau. Um grundsätzlich eine bessere Transparenz auf dem Bodenmarkt durchzusetzen, sind für nicht angezeigte Flächenverkäufe oder

-verpachtungen ebenso wie für zu hohe Preise saftige Bußgelder vorgesehen. Heftig angegangen wird auch in Niedersachsen, dass Kaufgenehmigungen für flächenstarke Betriebe zu Gunsten weniger ausgestatteter Betriebe versagt werden können, was dem erklärten agrarpolitischen Ziel einer breiten Streuung des Eigentums nachkommt. Da ist von Eingriffen in privatrechtliche Verträge und Enteignung die Rede. Der Grundbesitzerverband hat sogar einen Gutachter bemüht, um sich attestieren zu lassen, in mehreren Grundrechten eingeschränkt zu werden. „Da wird bewusst verdreht und überspitzt“, ärgert sich Eberhard Prunzel-Ulrich, Bodenmarktexperte im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft in Niedersachsen. Der Schaf- und Ziegenhalter betont: „Es geht doch darum, dass überhaupt verschiedene Interessenten an einer Fläche von der Kauf- oder Pachtmöglichkeit erfahren – und wenn dann zwei Bauern oder Bäuerinnen Interesse haben, soll derjenige, der schon über ein Viertel der örtlichen Flächen oder mehr verfügt, dem kleineren Betrieb den Vortritt lassen.“ *cu*

„Wenn Sie eine nordirische Kuh sind...“

Brexit, ein Jahr nach dem Referendum

Kein Deal ist besser als ein schlechter Deal“ lautet das Mantra der britischen Premierministerin, wenn es um den Brexit geht, und diese harte Haltung Theresa Mays führt bei Landwirten und der Nahrungsmittelindustrie zu ersten Anzeichen von Panik, noch bevor die Austrittsverhandlungen begonnen haben. Seit dem Referendum vom 23. Juni 2016 stehen pro-europäische Politiker und Bürger vor der Frage: Wenn der Brexit die Antwort ist, was ist dann das Problem? Inzwischen ist klar: Das Problem ist die Zuzugskontrolle, die Zahl der in Großbritannien lebenden EU-Bürger soll reduziert werden, koste es, was es wolle. Was die meisten Politiker, allen voran Theresa May, bislang nicht zu verstehen scheinen, ist, dass die EU den freien Zugang zum EU-Markt an das Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes geknüpft hat. Wenn Großbritannien also den Zuzug von EU-Bürgern drastisch reduzieren und am liebsten noch bereits hier lebende EU-Bürger nach Hause schicken möchte, dann ist der Preis dafür der Marktzugang. Kein Wunder also, dass Landwirte und Lebensmittelindustrie in Panik geraten: 80 % aller landwirtschaftlichen Produkte werden in EU-Länder exportiert. Und weite Teile der Industrie kommen ohne (ost-)europäische Arbeitskräfte nicht aus: Obst- und Gemüseanbaubetriebe genauso wenig wie Schlachthöfe und weiterverarbeitende Betriebe.

Ruinöse Zölle

Kein Deal mit der EU würde bedeuten, dass für Großbritannien die von der Welthandelsorganisation WTO festgelegten Zölle gelten würden, und die sind vor allem für landwirtschaftliche Produkte erheblich. Ohne Handelsabkommen mit der EU verlöre die britische Lebensmittel- und Getränkeindustrie 97 % ihres derzeitigen Exportmarkts, errechnete eine Expertenkommission des britischen Oberhauses. Ruinöse Zölle und Mangel an Arbeitskräften sind erst der Anfang. Bis Ende 2019 garantiert die britische Regierung die Fortzahlung der bisherigen EU-Agrarsubventionen. Ob es danach noch irgendwelche Zahlungen geben wird, ist ungewiss – und zunehmend unwahrscheinlich.

Wer geglaubt hat, dass die Parlamentswahlen am 8. Juni mehr Klarheit bringen könnten, wurde bislang enttäuscht. Politiker streiten um Steuerge-

chenke für Rentner, die Finanzierung des nationalen Gesundheitswesens und eine Schulreform. Für Brexit-Schlagzeilen sorgte nur Jean-Claude Junckers Bemerkung nach einem Abendessen in 10 Downing Street, Theresa May lebe offenbar in einem anderen Sternensystem. Von der Landwirtschaft redet niemand.

Lamm für Frankreich

Welche potentiellen Brexit-Konsequenzen bei den Landwirten wie viel Panik auslösen, hängt von der Region ab, in der sie leben. „Wenn wir keinen Zugang mehr zu EU-Subventionen ha-

fleisch, das besonders in Frankreich gern gekauft wird. Zölle könnten das Produkt unerschwinglich teuer machen. In Neuseeland frohlockt man bereits, dass post Brexit gefrorenes Lammfleisch von der anderen Seite der Erde in der EU konkurrenzfähig werden könnte.

Geteiltes Irland

Für die Bauern in Nordirland kommen noch weitere Probleme hinzu: Nach dem Austritt wird die Grenze zur Republik Irland zur vorerst einzigen Landgrenze Großbritanniens mit der EU. Die Wiedereinführung von Grenz-

wichtigsten Industriezweige in diesem Zipfel des Königreichs und es gibt enge Verflechtungen mit der Republik Irland, Landwirte in Nordirland beliefern Verarbeiter in der Republik und umgekehrt. Der Direktor des Nahrungs- und Genussmittelverbands FDF (Food and Drink Federation) erklärte den Mitgliedern des britischen Oberhauses die Zusammenhänge: „Nehmen Sie eine Flasche Bailey’s Irish Cream. (...) Wenn Sie eine nordirische Kuh sind, dann überquert Ihre Milch fünfmal die Grenze, bis sie in der Flasche landet.“

Subventionsbedürftig

Die Landwirte in Schottland sind genau wie ihre Kollegen in Wales auf Subventionen aus Brüssel angewiesen, schottisches Lamm- und Rindfleisch wird überwiegend in EU-Länder exportiert. Vor einem Jahr stimmten die Schotten für den Verbleib in der EU, denn sie sind dringend auf Marktzugang angewiesen. Viele Schotten sind seit langem der Meinung, dass ihre Belange von der Regierung im fernen London ignoriert werden. Die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon möchte deshalb möglichst vor dem Brexit 2019 die Schotten erneut befragen, ob sie sich vom Vereinigten Königreich trennen wollen. Ein unabhängiges Schottland könnte in der EU bleiben oder die sofortige Aufnahme beantragen. Die britische Premierministerin versucht das schottische Referendumsbegehren möglichst auf die lange Bank zu schieben, der Beamtenapparat ist schon jetzt mit dem Brexit überfordert.

Neben dem Zugang zu den Exportmärkten fürchten Farmer in England besonders den Verlust europäischer Arbeitskräfte, die nach dem Brexit entweder gar nicht mehr oder nur noch über komplizierte Visaverfahren ins Land kommen könnten. Mit dem Verfall des Pfund-Sterling-Kurses seit dem Referendum im vergangenen Juni ist aber schon jetzt für viele Erntearbeiter ein saisonaler Job in den Niederlanden attraktiver als einer in England.

Einziger Lichtblick: Bisher ist Großbritannien nur zu 60 % Lebensmittel-selbstversorger, die britischen Landwirte könnten mehr im heimischen Markt absetzen. Vielleicht lernen die Briten sogar, saisonal zu essen und walisisches Lammfleisch zu lieben.

Marianne Landzettel,
freie Journalistin



Schöne Aussichten für schottische Schafe?

Foto: Eckstein/pixelio

ben, werden hier Farmer über Nacht Pleite gehen. Es wäre der Todesstoß nicht nur für den Hof, sondern für die gesamte Gemeinde“, sagt Alan Davies, der Direktor des Bauernverbandes in Wales. Die Lage der Landwirte in dieser bergigen Region im Westen Großbritanniens ist besonders brisant, weil auf nur 5 % der landwirtschaftlichen Fläche Getreide angebaut werden kann, der Rest sind sogenannte „benachteiligte Flächen“, auf denen nur Schaf- und gelegentlich Rinderhaltung möglich ist. Das jährliche Durchschnittseinkommen eines walisischen Farmers liegt bei 13.000 £ (ca. 15.400 Euro) und 80 % davon sind Subventionen. Wichtigstes Exportprodukt ist walisisches Lamm-

kontrollen und Zöllen würde weitreichende und sehr negative Auswirkungen auf den Agrarsektor in Nordirland und der Republik haben – ein Grund, weshalb die Nordiren beim Referendum 2016 mehrheitlich für den Verbleib in der EU gestimmt haben. Die Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens 1998 beendete die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen militanten Gruppen in Nordirland. Über eine Allparteienregierung konnte der Frieden in Nordirland bislang gewahrt werden, die Grenze zur Republik Irland ist offen und es bestehen vielfältige, enge Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Der Agrar- und Nahrungsmittelsektor ist einer der

Sozialwahl-Ergebnisse Mitte Juni

Bis Mitte Mai 215.000 Wahlunterlagen verschickt

Am 31. Mai endet die Sozialwahl 2017 in der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) in der Gruppe der Selbständigen ohne familienfremde Arbeitskräfte. Wahlzettel, die danach eingehen, werden nicht mehr berücksichtigt. Ab dem 1. Juni werden Mitglieder des Wahlausschusses der SVLFG in Berlin die Briefwahlumschläge öffnen und auszählen. Dabei hat die Öffentlichkeit freien Zugang. Die Vorsitzende des Wahlausschusses Nicole Sadtkowski-Männel strebt an, das Wahlergebnis bis Mitte Juni verkünden zu können, „vielleicht schon etwas früher“. In der Sitzung des Wahlausschusses am 5. Mai berichtete eine Mitarbeiterin des von der SVLFG beauftragten Dienstleisters, dass bis dahin etwa 1,5 Millionen Fragebögen bzw. Anträge auf Zusendung der Wahlunterlagen verschickt worden seien. 210.000 ausgefüllte Bögen seien zurückgekommen, woraus 230.000 Datensätze aufgenommen worden seien. Mitte Mai erklärte die SVLFG, dass an 215.000 Personen die Wahl-

unterlagen mit Wahlausweis, Stimmzettel, Stimmzettelumschlag und rotem Wahlbriefumschlag verschickt worden seien. Die Wahlbeteiligung wird sich an Anzahl dieser verschickten Wahlunterlagen bemessen.

In dem einstweiligen Rechtsschutzverfahren, das Heinrich Eickmeyer als Listenvertreter der Freien Liste Eickmeyer gegen die Nichtzulassung von bis zu 500.000 Alterskassen-Rentner als Wahlberechtigte angestrengt hat, hat das Landessozialgericht Darmstadt nun entschieden. Das Gericht konnte nicht feststellen, dass in diesem Vorgehen der SVLFG unzweifelhaft ein Wahlverstoß bestehe. Für ein Eingreifen des Gerichtes ist die Zweifelsfreiheit des Verstoßes jedoch erforderlich. Aber das Gericht macht in seinem Beschluss deutlich, dass die SVLFG das Gesetz hätte anders auslegen und alle Rentner mitwählen lassen können. „Die SVLFG wollte nicht“, stellte Eickmeyer verärgert fest. *uj*

Freihandelspolitik: Erfolge der Bewegung

Am Beispiel des geplanten Handelsabkommens zwischen der EU und Singapur hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) jüngst entschieden, dass es nicht reicht, wenn nur das EU-Parlament und die EU-Kommission über die Ratifizierung abstimmen. Sondern auch alle 28 Mitgliedsstaaten in Europa müssen dieser sogenannten neuen Generation von Freihandelsabkommen ihre Zustimmung für die endgültige Ratifizierung erteilen. Neue Generation heißt, dass die Freihandelsabkommen weit über den Abbau von Zöllen und nicht tarifären Handelshemmnissen hinaus gehen und auch Themen wie Schutz des geistigen Eigentums oder Klagemöglichkeiten für Konzerne umfassend behandeln. Während die Union über Themen wie Marktzugang oder auch Schutz des geistigen Eigentums alleine entscheiden könnte, so der EuGH, muss sie mindestens bei dem Investorenschutz die Zustimmung der 28 Mitgliedsstaaten einholen. Somit muss der gesamte Vertrag dieser Freihandelsabkommen von der Union und den Mitgliedsstaaten gemeinsam geschlossen werden. Die EU-Kommission und das EU-Parlament waren der Auffassung, sie hätten das alleinige Zustimmungsrecht. Außerdem hat das Gericht der Europäischen Union in einem anderen Fall entschieden, dass die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA im Jahr 2014 von der EU-Kommission hätte zugelassen werden müssen. Zwei wichtige Ereignisse für die Demokratie in Europa. *bet*

Gentechnikgesetz gescheitert

Seit zwei Jahren wird in Deutschland darüber debattiert, wie die europäische Opt-out-Richtlinie, die es Mitgliedstaaten ermöglichen soll, auch aus agrarpolitischen oder sozio-ökonomischen Gründen den Gentechnikneubau zu verbieten, umgesetzt werden soll. Erneut gab es im Regierungsbündnis keine Einigung dazu. Nach Meinung von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) seien Verbote umso rechtssicherer, je kleinräumiger das vom Verbot betroffene Gebiet sei. Die AbL hingegen fordert bundesweite vom Bund ausgesprochene Verbote, denn nur diese seien praktisch umsetzbar, verhinderten Kontaminationen und schafften Rechtssicherheit, so Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer. „Die Gentechnikkonzerne und die Politik sollen uns mit Gentechnik vom Acker bleiben. Bundesforschungsministerin Wanka und Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt wollten sich – mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin Merkel – mit ihrer gentechnikfreundlichen Linie durchsetzen. Hier hat die SPD jetzt die Notbremse gezogen“, begrüßte Georg Janßen, AbL, das Scheitern der Verhandlungen zur Änderung des Gentechnikgesetzes. Sehr positiv bewertet die AbL auch, dass ein vom Bundes-Kabinett kurzfristig eingebrachter Absatz in die Begründung des Gesetzestextes, der die so genannten „neuen Gentechnikverfahren“ betraf, jetzt keine rechtliche Wirkung hat. Dieser sollte dem europäisch verankerten Vorsorgeprinzip ein von der Industrie geprägtes Innovationsprinzip an die Seite stellen. Gerade bei den neuen Gentechnikverfahren muss aber das Vorsorgeprinzip oberste Priorität haben. *av*

US-Milchkrieg mit Kanada?

Nachdem kanadische Firmen Lieferverträge für Milchprotein mit 75 US-Milchbetrieben beendeten, kündigte US-Präsident Donald Trump Strafzölle für Nutzholzimporte aus Kanada an. Neuverhandlungen zwischen kanadischen Käseherstellern und Milchproteinlieferanten hatten zur Beendigung der Verträge mit den US-Firmen geführt. Der Verlust des kanadischen Marktes trifft die Milchbetriebe in den USA hart, denn es gibt seit Monaten ein starkes Überangebot an Milch und entsprechend niedrig sind die Preise. Vermarktungsorganisationen versuchen ihr bestes, die Amerikaner zum Verzehr von mehr Milch und Käse zu animieren. Das Landwirtschaftsministerium hat große Mengen Käse aufgekauft, aber US-Farmer produzieren mit immer weniger Kühen steigende Milchmengen. 20 % der US-Milch gehen in den Export. Seit der Amtsübernahme von Präsident Trump und dem Ausstieg aus dem TTP-Abkommen ist der gesamte Agrarsektor um die für US-Farmer existentiell wichtigen Exportmärkte besorgt. *ml*



Die Wahllokale der Agrarsozialwahl - für Rentner nur normale Briefkästen Foto: Wanetschka/pixelio.de

Alternative Vermarktungsmodelle sind chancenlos

Ernst Halbmayr, ehemaliger Geschäftsführer der Freien Milch zu den Erfahrungen aus neun Jahren Milchhandel

Unabhängige Bauernstimme: Herr Halbmayr, Sie haben sehr turbulente Zeiten hinter sich. 2008 ist die Freie Milch Austria, damals mit Ihnen als Geschäftsführer, gestartet und wollte den Milchbauern einen alternativen Vermarktungsweg ohne Abhängigkeit von den Molkereien und vom Raiffeisenverband ermöglichen. Wo stehen Sie jetzt, nachdem das Projekt im März dieses Jahres beendet werden musste?

Ernst Halbmayr: Wir arbeiten unsere Geschichte auf. Das ist aber nicht historisch zu sehen. Vielmehr möchten wir verstehen, was in den vergangenen Jahren passiert ist, um darauf reagieren zu können und gegebenenfalls auch noch juristisch aktiv zu werden.

Was genau erwarten Sie?

Wir haben das Gefühl, dass es unter den Molkereien Absprachen gab, keine Milch von uns zu kaufen. Allerdings wissen wir aufgrund von Bemerkungen einzelner Milchfahrer, dass unsere Milch, die wir über einen Milhhändler in Bayern quasi anonymisiert haben, teilweise direkt zu österreichischen Molkereien ging. Wenn die Molkereien an einem möglichst hohen Preis für die Bauern interessiert gewesen wären, hätten sie die Milch direkt bei uns gekauft.

In den Medien und vor allem von den drei großen Molkereien in Österreich

wird als Erklärung für das Scheitern der Freien Milch immer wieder die stark gewachsene Milchmenge nach dem Wegfall der Quote angeführt. War das wirklich der entscheidende Faktor?

Sicherlich haben auch wir die Auswirkungen der Milchschwemme gespürt. Allerdings waren die Molkereien immer an den Bauern als Milchlieferanten interessiert. Als unsere Auszahlungspreise 2012 um 7 Cent gegenüber dem Vormonat abrutschten, waren die Molkereien direkt bereit, die Bauern aufzunehmen, allerdings zu sehr viel schlechteren Konditionen als die übrigen Genossenschaftsmitglieder.

Viel entscheidender als der Milchpreis war aber, dass damals ganz bewusst verbreitet worden ist, die Freie Milch stünde vor dem Konkurs. Das hat unserer Glaubwürdigkeit als verlässlichem Partner der Milchbauern sehr geschadet, auch wenn zwei Jahre später vom Gericht bestätigt wurde, dass die Berichterstattung nicht korrekt war.

Schon im September 2016 hat die Alpenmilch Logistik GmbH als Nachfolger der „Freien Milch“ ihren Lieferanten mitgeteilt, dass sie Ende März ihre Abholung einstellt. Trotzdem ist es einer Gruppe von 37 Betrieben nicht gelungen, zum Stichtag eine neue Molkerei zu finden. Teilweise mussten die Bauern ihre Milch in der Güllegrube

entsorgen. Sollte hier ein Exempel statuiert werden?

Auf alle Fälle haben wir den Eindruck, dass man an dieser kleinen Gruppe, zuletzt waren noch 19 Betriebe ohne Vertrag, deutlich machen wollte, was passiert, wenn man sich gegen die Molke-reibranche in Österreich auflehnt. Nur weil es uns als IG-Milch gelungen ist, öffentlich Druck aufzubauen, haben die Molkereien am Ende eingelenkt. Allerdings haben die Betriebe sehr viel schlechtere Konditionen als die Mitglieder der Genossenschaft. Bei der Berglandmilch, die die letzten 19 Betriebe aufgenommen hat, bekamen die Bauern nur einen Vertrag für ein Jahr. Speziell eingeführt wurde eine „Schüttgebühr“ von 4,5 Cent zu Lasten des Landwirts, damit seine Milch überhaupt geholt wird.

Das hört sich sehr nach einer willkürlichen Maßregelung an. Wieso hört man von den betroffenen Betrieben so wenig?

Durch die abgeschlossenen Verträge sind die Bauern zu absolutem Stillschweigen verpflichtet. Wenn sie Kritik an der Molkerei üben und die Molkerei sich geschädigt fühlt, ist sie berechtigt, zum Ende des Monats zu kündigen.

In Österreich gibt es, anders als in Deutschland, nahezu keine Privatmolkereien. Zehn Genossenschaftsmolke-

reien teilen sich 95 Prozent des Marktes. Welche Möglichkeiten hätte es gegeben, wenn die Molkereien nicht eingelenkt und die Betriebe aufgenommen hätten?

Wir hatten schon Gespräche mit den Bauern und unserem Anwalt geführt und hätten versucht, eine einstweilige Verfügung auf Kontrahierungszwang zu erreichen. Die Molkereien, in diesem Fall die Berglandmilch, wären in der Folge aufgrund ihrer Markt dominierenden Stellung gezwungen gewesen, die Betriebe aufzunehmen.

Sie kämpfen seit vielen Jahren für gerechtere Lieferbedingungen am Milchmarkt. Welche Schlüsse ziehen Sie aus den aktuellen Entwicklungen?

Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen in Österreich sind alternative Vermarktungsmodelle chancenlos. Besonders die Konzentration auf nur mehr zehn Molkereien lässt den Bauern nahezu keine Wahl und stärkt die Macht der Molkereien. Alle Versuche, eine Mengensteuerung einzuführen, wurden boykottiert. Für die Molkereien ist es auch nicht wünschenswert, dass die Lieferanten in ihrer Position gestärkt werden. Was ich aber auch erlebt habe, ist, dass auch unter den Bauern, wahrscheinlich aufgrund der vielen Arbeit und falsch verstandener Tradition, die Forderung nach höheren Preisen oder einer machtvolleren Position nicht gestellt, ja teilweise schon bekämpft wird.

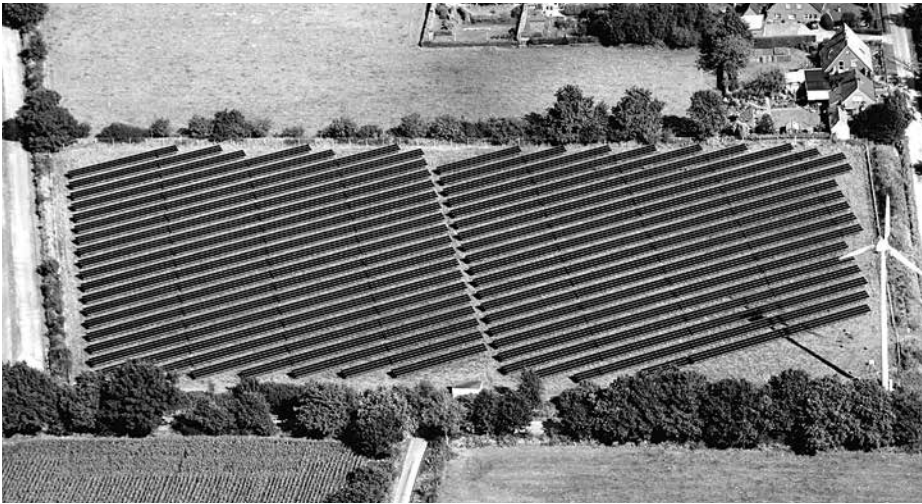
Was können Sie Ihren Kollegen in Deutschland mit auf den Weg geben?

Auch in Deutschland konzentrieren sich die Molkereien immer stärker. Das DMK hat hier schon lange eine bedenkliche Größe erreicht. Ich habe gehört, dass 1,7 Mio. Liter gekündigt wurden. Den Betrieben kann ich nur raten, ihre Macht nicht zu überschätzen. Wir mussten schmerzlich erfahren wie gut das Netzwerk zwischen Raiffeisenverband und Molkereien funktioniert. Das Bundeskartellamt hat in seinem Bericht diese starke Konzentration und die Abhängigkeit des einzelnen Bauern ja auch schon beschrieben. Nur über Kündigung und Selbstorganisation werden wir die Strukturen nicht ändern. Hier brauchen wir auch andere Vorgaben und die Unterstützung durch die Politik.



Bei einer kreativen Aktion österreichischer Bäuerinnen zeigten lebensgroße, vom Cartoonisten Gerhard Haderer gestaltete Kühe die Not der Milchviehbetriebe mit Niedrigpreisen ohne Alternative
Foto: ÖBV Via Campesina Österreich

Vielen Dank für das Gespräch! mn



Erneuerbare Energiequellen sind unterschiedlich effektiv

Foto: Redenius/pixelio

Solare Schattenseiten

Baden-Württemberg öffnet sich für Ackersolarnutzung

In Baden-Württemberg scheint viel die Sonne, der Wirtschaft geht es gut, es leben viele Menschen dort, die Energie verbrauchen, die Grünen führen die Regierung. Da ist es nur naheliegend, dass sich diese, allen voran das grüne Umweltministerium, einen weiteren Ausbau der Solarenergienutzung wünscht. Bislang ging und geht es dabei vorrangig um Photovoltaikanlagen auf Haus-, Scheunen-, und Gewerbedächern. Im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist festgeschrieben, dass eine Freiflächennutzung nur in 100-m-Randstreifenbereichen von Autobahnen und Schienenwegen sowie auf sogenannten Konversionsflächen, also ehemaligen Militär- oder Gewerbeflächen, die schwer oder gar nicht umnutzbar sind, möglich ist. Diese nutzbaren Freiflächen, schreibt das Umweltministerium in Stuttgart, seien in Baden-Württemberg kaum vorhanden. Und weiter: „Um große Photovoltaikanlagen im innerdeutschen Bieterwettbewerb wettbewerbsfähig zu machen und um den Anteil von klimafreundlichem Solarstrom unter Ausnutzung der sehr guten solaren Einstrahlungswerte in Baden-Württemberg zu erhöhen, hat die Landesregierung deshalb die Freiflächenöffnungsverordnung verabschiedet.“ Denn bislang ging das Land bei den lukrativen bundesweiten Ausschreibungen meist leer aus. Das soll sich nun ändern, denn die erwähnte „Freiflächenöffnungsverordnung“ erlaubt nun auch die Nutzung von Acker- und Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten. Das EEG gibt den Bundesländern die Möglichkeit, eine solche Verordnung zu erlassen und Baden-Württemberg ist das erste Bundesland, welches davon Gebrauch macht. Anneliese Schmech, langjährige AbLerin und Neulandbäuerin, sieht das mehr als kritisch. Es heize den sowieso vorhandenen Konkurrenzkampf um die landwirtschaftliche Fläche weiter an, treibe die Preise und Sorge für den weiteren Einstieg außerlandwirtschaftlicher Investoren in den Flächenmarkt, so ihre Bedenken. Scheunendächer gäbe es noch genug, so Schmech, die seien aber für Investoren natürlich nicht attraktiv. Sie kritisiert, dass – wenn es denn schon zu einer Nutzung landwirtschaftlicher Flächen kommen solle – vom

Land keinerlei Kriterien vorgegeben würden, um sicherzustellen, dass es sich dabei dann um Grenzertragsstandorte oder aus anderen Gründen schwer oder gar nicht nutzbare Stücke handele. Das Umweltministerium hat dazu verlauten lassen, dass das EEG es nicht erlaube, jenseits des Kriteriums „benachteiligtes Gebiet“ weitere Einschränkungen zu definieren. Eine „übermäßige Beanspruchung von landwirtschaftlich oder naturschutzfachlich wertvollen Flächen soll aber verhindert werden.“ Wie, dazu ist wenig zu hören. Der Bauleitplanung vor Ort komme eine „aktive und lenkende Rolle“ zu. Zudem gebe es eine jährliche Begrenzung von 100 Megawatt, das entspräche 150 bis 200 ha. Die Priorität liege weiter bei der Nutzung von Dachflächen.

Wenig effektiv

Auch im Bundeslandwirtschaftsministerium sitzt ein Kritiker von Photovoltaik auf dem Acker. Jobst Jungehülsing, Mitarbeiter und unter anderem zuständig für den Bodenmarkt, erläuterte im vergangenen Jahr in einem Kommentar eine Untersuchung des Thünen-Instituts, wonach Solarenergiegewinnung 83-mal so viel Fläche benötigt wie die Windkraft. Sein Fazit: „Die Landwirtschaft in Deutschland hat in den letzten 20 Jahren bereits über 1 Million Hektar Fläche an andere Nutzungen – Infrastruktur, Siedlungen, Forst, Naturschutz – verloren. (...) Wenn man zustimmt, dass Boden in Deutschland ein knapper Faktor ist, kann so eine Nutzung keinen Sinn machen.“ Agrarministerien anderer Bundesländer, beispielsweise Brandenburg, haben schon bei der entsprechenden Änderung des EEG, überhaupt die Möglichkeit einer Freiflächenöffnungsverordnung zu schaffen, auf die zu erwartenden negativen Auswirkungen auf den Bodenmarkt hingewiesen. Ausgerechnet in Baden-Württemberg haben in den vergangenen Jahren immer wieder Bauern und Bäuerinnen gegen den weiteren Verlust landwirtschaftlicher Nutzfläche gegenüber der boomenden Wirtschaft und dem Siedlungswesen protestiert. Mit der Freiflächen-Photovoltaik kommt nun ein weiterer Konkurrenzfaktor hinzu. cs

Glyphosat total

Verboten werden soll Glyphosat in Parks, auf Spielplätzen und als Anwendung vor der Ernte. Dagegen soll das Totalherbizid weitere 10 Jahre großflächig auf den Äckern in Europa angewendet werden dürfen, wenn es nach dem Willen der EU-Kommission geht. Keine Gesundheitsrisiken kann die Generaldirektion Gesundheit erkennen und betont, dass die Kommission den jüngsten Stand der wissenschaftlichen Forschung zugrunde gelegt habe. Ebenso seien die Ergebnisse des Ausschusses für die Bewertung der Risikobewertung (RAC) eingeflossen. Auch die Europäische Chemische Agentur (ECHA) habe gezeigt, dass der Wirkstoff nicht als krebserregend einzustufen sei. Zu gleichen Schlussfolgerungen seien auch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und die Regulierungsbehörden in EU-Mitgliedstaaten und weltweit gelangt. Bayer als potentieller Käufer des Glyphosatherstellers Monsanto bezahlt für Lobbyaktivitäten in Berlin 1, 5 Mio Euro. In Brüssel liegt die Summe bei 1,9 Mio.. „Dies lässt uns bis auf Weiteres in einer umweltpolitischen Sackgasse. Auch die Rolle von Monsanto und deren potentiell gefälschten wissenschaftlichen Studien bleibt unklar.“ konstatiert die SPD-Europaabgeordnete Maria Noichl. mn

Einflussnahme bei Glyphosateinschätzung

Von einem US-Bundesgericht veröffentlichte Akten belegen die Zusammenarbeit zwischen Monsanto-Mitarbeitern und Angestellten der US-Umweltbehörde EPA, um Einschränkungen bei den Anwendungsindikationen von Glyphosat oder Warnhinweise zu verhindern. In einer der in den veröffentlichten Akten enthaltenen E-Mails erklärte ein EPA-Mitarbeiter, er könne eine geplante Studie der Gesundheitsbehörde zur möglichen Krebsgefahr durch Glyphosat verhindern. Die Studie wurde tatsächlich nie durchgeführt. 2013 bot ein Monsanto-Mitarbeiter an, eine Risikostudie zu Glyphosat für die EPA zu schreiben, die Behörde könne den Text als eigene Studie veröffentlichen. Ein solches Vorgehen spare der EPA Kosten; diese Form der Arbeitsteilung habe sich außerdem bei einer früheren Glyphosat-Studie bereits bewährt. Beide EPA-Studien schätzten Glyphosat, den Hauptwirkstoff im von Monsanto vertriebenen Herbizid Roundup, als gesundheitlich unbedenklich ein. Das Gericht, das die Entscheidung zur Veröffentlichung der Dokumente traf, muss über die Klage einer Gruppe von Farmern entscheiden, die an Lymphdrüsenkrebs erkrankt sind und ihre Krankheit auf den Umgang mit Glyphosat zurückführen. Die Landwirte werfen Monsanto vor, das Krebsrisiko verschwiegen zu haben. av

Neonikotinoide in US-Trinkwasser

Untersucht wurden Trinkwasserproben in Iowa, einem besonders von der Agrarindustrie geprägten US-Bundesstaat im Mittleren Westen. Der Autor der Studie, Gregory LeFevre, erklärte, der Nachweis von Neonikotinoiden in Trinkwasser „könne möglicherweise Grund zu Besorgnis sein“. Die nachgewiesene Menge entspreche etwa einem Tropfen in der Wassermenge eines olympischen Swimmingpools. Einen Grenzwert für Neonikotinoide in Trinkwasser gibt es in den USA bisher nicht, die Auswirkungen von sehr geringen Mengen des Insektizids auf den menschlichen Körper über einen längeren Zeitraum wurden bislang nicht ausreichend untersucht. Eine groß angelegte, landesweite Studie sei notwendig, da Menschen Neonikotinoidspuren nicht nur über Trinkwasser, sondern auch über die Nahrung aufnehmen. ml

Neonikotinoide in Europa vor Verbot

Die EU will die seit 2013 per Ausnahmeregelung nicht mehr zur Anwendung zugelassenen Insektizide der Gruppe der Neonikotinoide endgültig für außerhalb jeglicher Gewächshausanwendung verbieten. In Studien wurden negative Auswirkungen auf die Orientierungsfähigkeit von Bienen nachgewiesen. Natürlich formiert sich dagegen Widerstand unter Chemielobbyisten und Bauernverbänden. Ein Verbot der Neonikotinoide führe zum Einsatz noch schlimmerer Mittel oder gar zum Ende des Anbaus bestimmter Kulturen, so die Argumente. In einer allerdings noch nicht veröffentlichten Studie, die der EU-Kommission vorliegt, konnten allerdings keine wirtschaftlichen Nachteile für Anbauer verschiedener Kulturen (Raps, Mais...) in Europa ausgemacht werden. cs

EU-Ökoverordnung in Bewegung?

Ende Mai wird es erneut Trilog-Verhandlungen zur unendlichen Geschichte einer neuen EU-Ökoverordnung geben. Und glaubt man den Signalen aus Brüssel, so scheint tatsächlich ein Ende mit Kompromissen absehbar. Mit der Aussage, dass über 90 % der Probleme gelöst seien, lässt sich EU-Agrarkommissar Phil Hogan zitieren. Der strittigste Punkt, die Einführung von Pestizidgrenzwerten bei Bio-Produkten, soll zunächst vertagt werden, wobei Nationalstaaten mit vorhandenen Grenzwerten, wie Italien oder Belgien, an diesen festhalten dürfen. Nach fünf Jahren soll dann evaluiert und eventuell erneut gestritten werden. Noch nicht gelöst sind wohl nach wie vor die Fragen der Ausnahmeregelung bezüglich der Verwendung konventionellen Saatguts, wie auch der des bodengebundenen Gewächshausanbaus. Bei letzterem werden von einzelnen Ländern Ausnahmeregelungen gefordert. Von denen will die Kommission generell weg, droht nun aber aus kompromisstechnischen Gründen zunehmend wieder dort zu landen. Entsprechend kritisiert der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), dass „sich die Verhandler bei strittigen Punkten zunehmend von EU-weit einheitlichen Vorgaben verabschieden“, und beharrt nach wie vor auf dem Abbruch der Verhandlungen. Gleichzeitig sorgt Deutschland mit seiner unbeweglichen Haltung in Sachen Pestizidgrenzwerten und Saatgutausnahmeregelungen unter Umständen selbst für europäische Uneinheitlichkeit. Elisabeth Köstinger, Landwirtschaftssprecherin der ÖVP im EU-Parlament begrüßt das Ende der Blockade der Europäischen Kommission bei den besonderen Ausnahmen für die Zulassungsverfahren von Bio-Saatgut. Die EU-Bioverordnung könnte die Türen öffnen, um die Vormachtstellung internationaler Großkonzerne beim Saatgut zu brechen, so die Österreicherin. *cs*

BMEL lädt zum Dialog – Wanka gibt Geld

Während das Bundeslandwirtschaftsministerium Ende April zum scheinbaren Dialog über die neuen Gentechniken eingeladen hatte, sorgt Bundesforschungsministerin Johanna Wanka (CDU) zeitgleich schon mal für Fakten und will sechs Millionen Euro Forschungsgelder in die Entwicklung von CRISPR-Pflanzen stecken. „Die Pro-Gentechnik-Doppelstrategie der Bundesregierung ist offensichtlich“, so die AbL. Zwar schreibe das BMEL, es handle sich um einen „offenen Dialog“. Interessant ist aber, dass die Entscheidungsträger des BMEL, Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) oder Staatssekretär Onko Aikens (CDU), gar nicht anwesend waren. Kritische Stimmen und Fragen kamen vor allem aus dem Publikum und bei der so genannten „Stakeholder-Runde“. Viele Fragen sind offen geblieben. Trotz Hinweisen auf unerwartete Effekte bei Einsatz der neuen Technologien, findet keine systematische Risikoprüfung statt. Deshalb fordern AbL und IG Saatgut Bundesforschungsministerin Wanka auf, die sechs Millionen Euro statt in Produktentwicklung in eine echte Risikoforschung zu stecken. Umfassende Studien und Daten, beispielsweise zu Langzeiteffekten und Umweltauswirkungen, fehlen bislang. *av*

Schweineställe fit für die Zukunft machen

Es ist angewandte Forschung zur Umsetzung von mehr Tierwohl in bestehenden Ställen, die auf hohe Wirtschaftlichkeit und Stallhygiene optimiert sind: Im Mai startete das Projekt LABEL-FIT - „Schweinehaltung fit für das Tierschutz-Label: Integrierte Entwicklung von Haltung- und Verfahrenstechnik zur Transformation konventioneller Ställe“. Am Bildungs- und Wissenszentrum Boxberg (LSZ) werden in Aufzucht- und Mastschweineställen Buchten in verschiedene Funktionsbereiche unterteilt und den Tieren verbesserte Beschäftigungsmöglichkeiten geboten. Der Verzicht auf das Schwanzkupieren soll Gradmesser für die Projektentwicklungen sein. Gute Ergebnisse sollen anschließend in Praxisbetriebe übertragen und auf ihre Auswirkungen auf Tierwohl und Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Ausprobiert wird u.a., wie verfahrenssichere Komfortliegebereiche eingerichtet werden können, ob durch Geruchszusätze attraktivere Beschäftigungsmaterialien entstehen, und welche technischen Verfahren Stroheinstreu in Kombination mit Flüssigmistung ermöglichen. Das Bundeslandwirtschaftsministerium fördert das Vorhaben mit 1,4 Millionen Euro – wovon jedoch ein Großteil in die Forschung fließt: nur 10.000 Euro sind für Beratung und Unterstützung bei der Übertragung in die Praxis vorgesehen. *cv*

Der Bauer als Künstler

100 Tage Krisen kontern auf der documenta 14

In diesem Sommer findet in Kassel wieder die weltweit bedeutendste Reihe von Ausstellungen für zeitgenössische Kunst statt – die documenta. Unter dem Titel „Von Athen lernen“ arbeiten internationale Künstler_innen an Werken, die während 100 Tagen präsentiert werden. Der Titel verweist nicht nur auf die Wirtschafts-, sondern auch auf die Flüchtlingskrise und auf Migration.

Wir möchten das Thema der diesjährigen documenta aufgreifen und am krisenKONTERKIOSK die nahe Verknüpfung zu unseren agrarpolitischen Forderungen deutlich machen. Griechenland in der Krise: Viele, vor allem junge Menschen, fliehen aus der Großstadt zurück auf das Land. Nach jahrzehntelanger Landflucht treibt die Perspektivlosigkeit in der Stadt die Menschen zurück in die Dörfer. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft bietet eine Chance, sich unabhängig zu machen – unabhängig von Weltwirtschaft und Krise. Auch hierzulande werden Erzeuger_innen erfinderisch und bauen kleinstrukturierte, regionale Wirtschaftskreisläufe auf, um sich autonome Handlungsspielräume zu schaffen, um unabhängig von schlechten Erzeugerpreisen und Konzernmacht zu werden und ein selbstbestimmtes Verständnis von Lebensmittelqualität und -wertschätzung entwickeln zu können. Auf diese Weise lassen sich auch in Zeiten von Ernährungs- und Gesellschaftskrise Existenzen schaffen, die mehr als nur der Überlebensgrundlage dienen. Diese ermöglichen gleichberechtigte Partizipation und sollen bei der Transformation weg von einem industriellen Ernährungssystem hin zu Ernährungssouveränität helfen. Nicht zuletzt führt die industrielle Erzeugung von Lebensmitteln in Europa zu Krisen im globalen Süden. Wer zahlt den hohen Preis für den Konsum des globalen Nordens? Wie hängt Landwirt-

schaft mit Flucht und Migration zusammen? Diese Fragen wollen wir mit *foodotopia* thematisieren und diskutieren.

Was hat der Bauer mit Kunst zu tun? Wir möchten zeigen: Bäuerliche Landwirtschaft ist Kunst! Bäuerinnen und Bauern erhalten durch eine vielfältige und nachhaltige Bewirtschaftung unsere Kulturlandschaft und verarbeiten Rohstoffe mit Handwerkskunst zu hochwertigen Lebensmitteln. Wie Joseph Beuys mal sagte: „Wenn ein Mensch als Bauer etwas Wahrhaftes nachweisen, wenn er ein lebenswichtiges Produkt aus der Erde entwickeln kann, dann muss man ihn doch als ein wirklich schöpferisches Wesen auf diesem Felde bezeichnen. Und insofern muss man ihn doch als Künstler akzeptieren.“

Doch nicht nur das Handwerk und die Bewirtschaftung von Ackerland lässt den Bauern als Künstler erscheinen. In diesen Zeiten haben die Bäuerinnen und Bauern es auch mit Überlebenskunst zu tun. Bäuerliche Landwirtschaft ist ein schmaler Grat zwischen Chance und Kampf. Deshalb wollen wir ab Juni 100 Tage lang Krisen kontern und mit Bäuerinnen und Bauern, Künstler_innen, Initiativen und allen Interessierten nach Möglichkeiten einer sozial und ökologisch gerechten, zukunftsfähigen Landwirtschaft suchen. Am krisenKONTERKIOSK wird es nicht nur Ausstellungen, Diskussionen, Vorträge und Interaktion geben, sondern auch regional und ökologisch erzeugte Produkte, einen Selbsternte-Teegarten, Pflanzsäulen und Hochbeete.

Lena Jacobi,
junge AbL

Veranstaltungsort: Arnold-Bode-Straße 2-6
(Campus der Uni Kassel Holländischer Platz)
Aktuelle Termine und Aktionen:
www.krisenkonterkiosk.de
Kontakt: konterkiosk@gmx.de



Landwirtschaftsthemen haben Tradition auf der documenta: Die letzte Kuh und der letzte Bauer unter der Guillotine, Aktion von AbL und Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) 1987 Bild: Jacobi

Betriebsspiegel:

2,5 ha Acker und 1,5 ha Grünland an drei Standorten bei Berlin, 40 Gemüsekulturen, Wildobst, vier volle Arbeitskräfte, AbL- und Biolandbetrieb

Seit 2010 betreiben wir in Berlin eine besondere Form von ökologischem Gemüsebau, die unter den Namen Gemüseselbsternteparzellen, Mietäcker oder Gemeinschaftsäcker zunehmend in das öffentliche Bewusstsein vordringt. Bei uns heißt das „bauerngarten“. Die Idee dahinter: Als Landwirte bestellen wir die Äcker im März und April mit Gemüse. Statt die Pflanzen während der Saison selbst zu pflegen und zu vermarkten, werden sie Anfang Mai parzelliert an interessierte

Großstädter*innen vergeben. Diese hacken, jäten und ernten für die Dauer eines Jahres ihr eigenes Ökogemüse. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen schlüpfen somit in die Rolle eines Kleinsterzeugers. Ähnlich wie bei der Solidarischen Landwirtschaft tragen die Mitglieder das Ernterisiko dabei voll mit und finanzieren den Betrieb durch einen jährlichen Saisonbeitrag.

Auch wenn diese Arbeit in Berlin für mich als Bauernsohn immer wieder mit Kompromissen verbunden war und ist – ich würde sie mit nichts in der Welt tauschen wollen. Meiner Mitgesellschafterin Theresa geht es ähnlich. Was uns an dem Konzept am meisten überzeugt: Die aufwendigen händischen Pflege- und Erntearbeiten, die im öko-

logischen Feingemüsebau mühevoll und oft monotone Arbeit bedeuten, stellen für unsere Mitglieder eine willkommene Freizeitbeschäftigung dar. Nicht selten erfüllen wir den Menschen mit der Parzelle einen lange unerfüllt gebliebenen Traum. Was unseren Mitgliedern dabei an Fachkompetenz fehlt, machen sie durch Enthusiasmus und ihre schiere Anzahl dreimal wett. Rund 600 Menschen sind es, die jedes Jahr unsere Ackerparzellen mit insgesamt ca. 2 ha Gemüse bewirtschaften. Für die Mitglieder ist die Ackerarbeit überaus lehrreich, entschleunigend und sinnstiftend.

Schade finde ich es, wenn unser Wirken im bauerngarten vor allem als findige Geschäftsidee wahrgenommen

wird. Natürlich ist es angesichts der sich zuspitzenden Verhältnisse in der Landwirtschaft ein ungeheurer Luxus, dass unsere Mitglieder ihren Saisonbeitrag unabhängig von Ertragsschwankungen und Marktpreisen auf unser Konto überweisen. Viel wichtiger aber finde ich die Potentiale, welche gemeinschaftsgetragene Formen von Landwirtschaft für unsere Ernährungspolitik bieten.

Damit meine ich vor allem den Verständnisszuwachs zwischen Stadt und Land, zwischen Landwirt*innen und Verbrauchern. Denn gerade in den Großstädten ist das Grundwissen zur Lebensmittelerzeugung oft erschreckend gering. Unsere Berliner Bauerngärtner*innen verbringen im Jahr in der Summe etwa 31.000 Stunden auf dem Acker und setzten sich damit aktiv und kontrovers mit Lebensmittelerzeugung auseinander. In dieser Auseinandersetzung mit Gemüse und Boden lernen wir wieder eine gemeinsame Sprache zu sprechen. Eine Sprache, die in den letzten 70 Jahren weitgehend verloren gegangen ist. Ich bin der festen Überzeugung, dass bäuerliche Landwirtschaft nur Zukunft hat, wenn Städter*innen die Probleme der Landwirtschaft nicht nur emotional, sondern auch inhaltlich-fachlich nachvollziehen können.

*Max von Grafenstein,
Berlin*

Bürger werden zu Bauern

Das Frühjahr ist für ganz viele Berufskollegen die Zeit, in der sie sich intensiv mit dem Unternehmen Bayer auseinandersetzen. Im Speziellen eigentlich mit deren Sparte Crop Science, denn es ist wieder die Zeit für Herbizide und Fungizide – der Kornertag aus dem vielleicht sogar mit Beize aus Leverkusen behandelten Saatgut will ja gesichert werden. Vielfalt findet sich somit eher in der Angebotspalette an Spritzmitteln als nach der Ausbringung der Chemie auf dem Acker. Viele Bauern verbindet so einiges mit dem Chemie-Riesen Bayer – und über das Saatgut oder das gern genutzte „Roundup“ auch mit Monsanto aus den USA. Für die Konzerne sind die Bauern wichtige Kunden, die Milliarden in ihre Kassen spülen. Während der heftigen Wirtschaftskrise 2009 waren die Bauern für Bayer eine Einnahmegarantie, alle anderen Sparten stürzten damals heftig ab. Auch ich habe die Crop-Science-Produkte aus der konventionellen Zeit unseres Hofes noch gut in Erinnerung. Doch nun hat Bayer noch mal nachgelegt – bei der Aktionärsversammlung im April diesen Frühlings ging es fast nur um die vom Vorstand eingeleitete Übernahme des Konkurrenten Monsanto. Das war für uns AbLer wie ein Aufruf, unsere Kritik lautstark und mit möglichst viel Medienaufmerksamkeit kundzutun. Der Konzernvorstand ahnte das und verlegte die Aktionärsversammlung ins beschauliche Bonn, was die Stadt zu einer aus gesellschaftlicher Sicht bedenklichen Aktion verleitete: Sie versuchten, die gemeinsam von der AbL und der CBG (Coordination gegen Bayergefahren) angemeldete De-



Bayer-Gefahren selbst erlebt

monstration direkt vor dem Gebäude der Aktionärsversammlung zu verbannen! Das war ein Grund mehr, dort mit Treckern und der Patentverbrennungsmaschine von Gerhard Portz sowie vielen AbLern Flagge für die Rechte der Bauern zu zeigen. Es tat gut – nachdem uns Gerichtsurteile wieder nah an den Ort des Geschehens zurückgebracht hatten – eine breite Allianz mit Menschen zu erleben, denen es nicht egal ist, was der Chemieriese weltweit so treibt. Als Spalier für die Aktionäre fand sich eine bunte Protestgemeinschaft zusammen. Und der Versuch unser Demonstrationsrecht zu beschneiden, hatte für eine umso größere Medienaufmerksamkeit gesorgt. Gut so, private Bannmeilen darf es nicht geben! Mir hat die Aktion noch einmal

gezeigt, wie breit doch das Feld der Menschen ist, die sich kritisch mit den Bayer-Gefahren auseinander setzen: neben Betroffenen, die an Folgen von Medikamenteneinsatz leiden, auch Aktivisten gegen eine CO-Pipeline im Großraum Köln und zahlreiche Imker. Die direkte Ansprache durch die Protestierenden auf dem Weg zu ihrer Hauptversammlung war für die Aktionäre in dieser Größenordnung sichtlich ungewohnt. Die Trecker mit den vielen aussagestarken Transparenten, der Bühnen-Lkw und nicht zuletzt die Patentverbrennungsmaschine waren als Bild große Klasse. Solche Aktionen mitzumachen ist eine tolle Erfahrung. Dabei neue, ähnlich denkende Menschen kennen zu lernen und die Unterstützung aus den eigenen Reihen, wie von un-

serer SoLawi in Bonn, zu erfahren, bestärken ungemein. Dass die Bayer-Gefahren sich über die Chemie und die Patente bzw. das Hybridsaatgut hinaus nun noch auf die Beschränkung der Demonstrationen erstrecken, macht es noch wichtiger: Bleibt auf dem Lande und wehret euch täglich.

*Bernd Schmitz,
Hennef-Hanf*

Betriebsspiegel:

80 ha Fläche, davon 65 ha Grünland Kleegras, Winterweizen, Triticale, Sommerhafer-Erbesen-Gemenge
50 Milchkühe und Nachzucht, Holstein-Friesian
Naturschutzpflege, seit zehn Jahren bio
3 ha der Solawi Bonn: Gemüse, Kartoffeln und Hühner

Ferkelführende Sauen in Gruppenhaltung

Sauenhalter Günther Völker ist mit seinem selbst überlegten Konzept zufrieden

Die Nasen neugierig den anderen entgegengestreckt – so begegneten sich Anfang Mai eine Gruppe Sauen und eine Gruppe Besucher im neuen Abferkelbereich von Sauenhalter Günther Völker in Rheda-Wiedenbrück. Sechs Sauen haben hier jeweils eine Einzelbucht, in der sie kurz vor der Geburt sowie einige Tage danach in einer Art offenem Kastenstand stehen und liegen. Auf beiden Seiten befindet sich eine beheizte Liegefläche für die Ferkel. Nach sieben Tagen öffnet Völker die Einzelbuchten und die Sauen und ihre etwas größeren Ferkel haben einen gemeinsamen Bewegungsbereich von rund vier Meter Breite mit Futterautomaten für die Alttiere zur Verfügung.

„Das ist schon der zweite Durchgang“, erklärt der Sauenhalter zufrieden: „Von den 161 Ferkeln ist bisher nur eines von der Mutter erdrückt worden, drei sind aus anderen Gründen gestorben, weil sie zu klein waren.“ Der erste Eindruck der Gäste: Die Stimmung ist ruhig und die Tiere sind neugierig. „Wie lebhaft die Ferkel herumflitzen ist schön anzusehen“, bemerkt einer der Besucher. Zwei Sauen säugen in Einzelbuchten liegend einige Ferkel, eine Sau döst in einer Bucht, die anderen laufen umher, bedienen sich beim Futter.

Farbige Ohrmarke

Viele Fragen strömen auf Völker ein, der sie alle geduldig beantwortet. Mit seiner nun praktisch umgesetzten eigenen Idee stößt er auf viel Interesse. Er und seine Tiere sind besuchererprobt.

Ob die Ferkel denn nur bei ihrer Mutter saugen? „Nein, das wechselt, aber das ist egal“, meint Völker, der die einzelnen Würfe mit unterschiedlich farbigen Ohrmarken und die Muttersauen mit passender Farbe markiert hat. Warum er die Sauen alle gleichzeitig raus lasse und nicht in einer bestimmten Anzahl Tagen nach der Geburt? „Das war einfach so ein Gefühl“, sagt er launig, „dann denkt die Sau vielleicht, warum darf die Kollegin jetzt schon raus und ich nicht?“

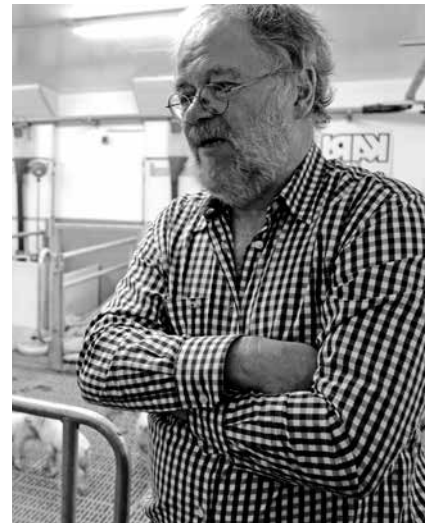
Warum eigentlich nicht?

Angefangen hat es mit einem kleinen veränderten Detail in den alten, herkömmlichen Ställen für ferkelführende Sauen auf Vollspalten – und mit einem Fernsichtteam. „In unserem alten Stall nehmen wir die Rückwände der Einzelbuchten nach zehn Tagen heraus und die Ferkel laufen durcheinander“, berichtet Völker, „und nachdem das Fernsichtteam sich alles angesehen hatte, war deren Fazit: ‚Och, die armen Schweine – aber bei den Ferkeln: Das sieht gut aus, wie die so zusammen rumlaufen. Warum geht das nicht auch bei den Sauen?‘“ Damals erklärte Völker, die Tiere würden sich sonst beißen oder die Buchteneinrichtung kaputt machen. Von da an überlegte er jedoch, warum es eigentlich nicht möglich sein sollte: Man müsse halt stabil bauen und die Tiere könnten sich als Gruppe ja vorher schon kennen. Völker hat sich die wenigen vorhandenen Stallkonzepte zum Gruppenabferkeln angeschaut, seinen eigenen Stall jedoch

selbst ausgedacht. „Die anderen waren zu teuer, zu viel Eisen, die Sauenkästen wie Käfige auch oben geschlossen“, das wollte er so nicht, plante mit reduzierten Gittern. Der Güllekeller ist unter dem Bewegungsbereich, unter den Einzelbuchten nur eine dorthin abgeschrägte Fläche. Unter dem Trog, am Kopfende des Sauenstands, befindet sich die Lüftung. „Die Sauen liegen hauptsächlich in den Ständen“, bemerkt Völker und meint, „dort ist es luftig und ruhiger als in dem Gemeinschaftsbereich.“ Misten musste er noch nicht einmal in dem Gruppenabteil. Zu erkennen ist, dass die Tiere vor allem an dem Ende der Bewegungsfläche abkoten, wo keine Einzelbuchten sind und sich der Zugang von außen befindet. Auch eine Spielecke für die Ferkel befindet sich dort, eingestreut mit Hobelspänen, die jedoch nach Völkers Beobachtung weniger angenommen wird als der freie Platz zum Toben und Herumrennen.

Als Tüftler gefordert

Umgesetzt hat Günter Völker seine Stalleinrichtungsidee mit einer lokalen Stallbaufirma – „die sind ja auch auf der Suche nach Lösungen, wollen was verkaufen“. Andere Lösungen, wie z. B. die als Bewegungsbucht gestaltete Einzelbucht mit einem Kastenstand zum Aufklappen, gefallen Völker nicht: „Da sieht man dann nur Eisenrohre und Wände, damit die Sauen nicht rausklettern. Außerdem ist die Fläche zu groß für die kleinen Ferkel, die kühlen dann zum Teil aus. Das ist im Biobereich mit viel Stroh toll, sonst nicht.“ Mit seiner eigenen Umsetzung ist er Teil eines Projektes der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, tauscht sich aus, besucht andere Schweinehaltungsbetriebe und hat Freude an neuen Ideen und Weiterentwicklung. Ob er sich in diesem System vorstellen könne, bei den Ferkeln auf das Kupieren der Schwänze zu verzichten? „Ja, das probiere ich aus. Allerdings nicht für unsere Mastställe, aber wenn der Nachbar hier im Ort seinen PigPort-Stall (Außenklimastall für Schweine) fertig gebaut hat.“ Und wie sieht es mit Stroheinstreu aus, z. B. um die Ferkel auch daran zu gewöhnen? „Das funktioniert nicht mit dem Güllekeller. Aber im Liegebereich bei den Sauen würde das passen. Natürlich würden sie auch etwas mit raustragen, dafür bräuchte es eine Lösung.“ Als



Günther Völker erklärt neuen Sauenbereich

Tüftler beschäftigen ihn praktische Fragen. So hat er einen neuen Futterautomaten entwickelt, durch den er sich viel Beschäftigung für die Sauen verspricht: mit flexiblem Fallrohr, durch das beim Hin-und-her-Schwenken Futterportionen abgegeben werden. Bodentief eingebaut können auch die Ferkel schon mit der Futteraufnahme in Kontakt kommen. „Denn neugierig sind sie, sie probieren es. Und selbst wenn sie noch nicht wirklich was aufnehmen – der Kontakt mit dem Speichel der Sauen, die Aufnahme von Enzymen darüber, das kann nur von Vorteil sein.“ *cw*

Maße und Preise

Vergleichbar ist der völkische Gruppenabferkelstall mit den sogenannten Bewegungsbuchten, in denen die Gitter der Kastenstände aufgeklappt werden können, damit die einzelne Sau mehr Platz hat, um sich zu bewegen und zu drehen. Der Platzbedarf für die Einrichtung im Stall ist mit etwa sieben Quadratmeter pro Sau gleich, die Gruppenhaltung mit rund 1.000 Euro pro Sauenplatz jedoch um etwa 200 Euro günstiger, weil weniger Material zur Buchtenabtrennung nötig ist. Eine Bewegungsbucht umfasst 2,50 m mal 2,60 m – die Einzelbuchten im Gruppenstall sind 2,40 m mal 1,80 m groß, hinzu kommt jedoch die Gangfläche dazwischen, die als gemeinschaftliche Bewegungsfläche für Sauen und Ferkel dient, bei den Bewegungsbuchten als Versorgungsgang für die Menschen aber gleichfalls notwendig ist.



Platz für schweinemäßiges Gruppenverhalten

Fotos: Weißenberg

Mit Gefühl, Technik und möglichst wenig Wellenschlag

Mechanische Unkrautbekämpfung für guten Ackerbau

Petrus ist kein Hacker. Sonst hätte er ein Einsehen gehabt und an jenem Tag Ende April nicht so unbarmherzig seine Schleusen geöffnet, als die Landwirtschaftskammer Niedersachsen – speziell ihr Fachgebiet ökologischer Landbau – zum Hacktag auf die Biohöfe Oldendorf GbR in der Lüneburger Heide geladen hatte. Einer der beiden Betriebsleiter, Reiner Bohnhorst, ist im Gegensatz zu Petrus ein leidenschaftlicher Hacker. Er hat inzwischen alle Früchte des 385-ha-Bioland-Ackerbaubetriebs zu Hackfrüchten erklärt. Neben dem einen Klassiker, der Kartoffel, erlebt dort gerade der zweite, die Zuckerrübe, aufgrund einer aktuellen Nordzucker-Nachfrage nach Biorüben sein Comeback. Ackerbohnen und Erbsen gehören seit dem Beginn der Biogeschichte des Betriebs vor 21 Jahren zur Fruchtfolge, gehackt viele Jahre nah an der Frucht mit einem betagten Massey

schäden in der ökonomisch wichtigsten Frucht, der Kartoffel, macht. Bohnhorst erhofft sich davon, nun auch das Getreide zu hacken, noch mehr mechanischen Stress für den aus dem Wurm erwachsenden Schnellkäfer und dessen Eigelege. Für viele der rund 100 Besucher des Hacktages bei ihm auf dem Hof ging es um sehr unterschiedliche Aspekte auch ganz je nach eigener Betriebsorganisation.

Neue Hackfrüchte

Getreide zu hacken stoße auf zunehmendes Interesse, bestätigte Markus Mücke, Hauptorganisator des Tages und Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer Niedersachsen für ökologischen Landbau. Und das gelte nicht nur für Ökobetriebe oder Umstellungsinteressierte. Resistenzen, Ackerfuchschwanzprobleme, Wasserschutzfragen, Stickstoffmobilisierung, Krustenbre-

die über einen Verschieberahmen mit dem Trecker verbunden sind. Meist führt die Kamera über eine Braun-Grün-Farberkennung, über eine morphologische Erkennung oder Ultraschallsensoren die Hacke durch eine beidseitige, seitliche Verschiebemöglichkeit. Dabei sind Hersteller wie K.U.L.T., der aus der Arbeit des Ökotechnikpioniers Walter Kress hervorgegangen ist oder der süddeutsche Platzhirsch in Sachen Hacken, Schmotzer, oder Einböck, österreichische Ökotechnik. Hier kann der Technikfreak für 6-m-Geräte (angeboten werden meist auch 3 m und 9 m) Geld in Größenordnungen von 40.000 oder auch 50.000 Euro lassen. Individuelle Lösungen, Schlagkraft und Arbeitskomfort, „sich weder den Nacken zu verrenken noch zu ermüden“, wie z. B. Ferdinand Wahl, Schmotzer-Geschäftsführer, mit viel Engagement fürs Detail darstellte, sind gefragte Parameter. „Ich

wohl-als-auch. Er nutzt die Kamerahacke wie auch die wesentlich einfachere und damit auch nur etwa halb so teure und weniger anfällige Hacke des Landtechnik-Tüftlers Treffler. Vorgestellt wurde sie von Jan Wittenberg, Bio-Ackerbauer aus der Hildesheimer Börde, der die trefflersche Philosophie, gemeinsam mit Bauern und Bäuerinnen möglichst günstige und simple Technikinnovation auf den Acker zu bringen, darstellte. Durch die einmalige Idee, Führungszinken den eigentlichen Hackkörpern voranzustellen und diese im besten Fall auch schon auf der Drillmaschine im definierten Abstand zum Säeschar montiert zu haben, entsteht ein Systems des „Fahrens wie auf Schienen“, so die Erfahrungen der beiden Bauern. „Funktioniert einwandfrei“, so Bohnhorsts Beurteilung, „braucht aber ein ebenes Saatbett.“

Spaß an der Sache

Die Vielfalt der Maschinen repräsentiert auch die Vielfalt der Kulturen auf dem Acker, die sich im Ökolandbau entwickelt haben und im konventionellen Anbau auf Sicht wieder entwickeln müssen. Kammermann Markus Mücke berichtet von einer zunehmenden Offenheit auch bei Beraterkollegen. Mit Mitarbeitern aus den Pflanzenschutzabteilungen gibt es erste Versuchskooperationen, speziell bei Zuckerrüben ziehe das Argument, 70 % an Wirkstoffen einsparen zu können, wenn man (wieder, wie schon vor 30 Jahren) auf Bandspritze und Hacke zurückgreife – nun allerdings mit moderner Technik. Auch die Wasserschutzkollegen seien an Zusammenarbeit interessiert. Und die Bauern? Mücke betreut Umstellungswillige in Niedersachsen, hat mehr Anfragen als je zuvor, auch von reinen Ackerbauern in Größenordnungen, die die Ökonomie nicht als ersten Umstellungswunsch erscheinen lassen. „Wenn ich sie frage, warum sie umstellen wollen, kommt als erste Antwort immer: ‚Wegen Meyer.‘“ Genauer formulierte es dann einer, der laut Mücke sagte, er traue sich gar nicht mehr mit der Spritze durchs Dorf zu fahren. Gesellschaftliche Ablehnung gepaart mit dem Gefühl, ackerbaulich weder besonders herausgefordert zu sein noch besonders nachhaltig zu arbeiten, sind eher negative Antriebsfedern für ein Umdenken. Moderne Hacktechnik kann dabei den Spaß an der Sache zurückbringen. cs



Theoretische Betrachtungen bei Regen

Foto: Schievelbein

Ferguson 35 und einer einfachen, alten 3-m-Hacke. Soja, Mais und seit dem letzten Jahr Quinoa sind die exotischen Neuentdeckungen der letzten Jahre, die schließlich auch zur technischen Aufrüstung der Hacktechnik führten. Und nun wird auch noch das Getreide – Weizen, Dinkel, Einkorn, Gerste, Roggen und Triticale – mit neu gekaufter, allerdings 15 Jahre alter 6-m-Drilltechnik auf 25 cm Reihenabstand gesät. Hier kommen jetzt Hacken von Treffler und Schmotzer zum Einsatz. Auf den Biohöfen geht es maßgeblich um eine ganz bestimmte Problemstellung, nämlich die Bekämpfung des Drahtwurms, welcher erhebliche Fraß-

schäden – immer mehr Bauern und Bäuerinnen konventioneller Betriebe machten sich Gedanken darüber, wie den ackerbaulichen Schwierigkeiten zu begegnen sei. Ein Drittel der Besucher des Hacktages kamen von konventionellen Höfen, schätzt Mücke. Sie bekamen – wenn auch nur in der Theorie und nicht in der praktischen Feldvorführung – viel innovative Technik zu sehen. Denn auch die Hersteller haben längst die Zeichen der Zeit erkannt und, auch aufgrund einer wachsenden Nachfrage vor allem aus Frankreich und Dänemark, Hightech entwickelt. Gleich mehrere Anbieter arbeiten inzwischen mit einer Kamerasteuerung für Hacken im Heckanbau,

„fahre auch gern schnell“, konstatierte Bauer Reiner Bohnhorst schmunzelnd auf die immer wieder auftauchende Frage nach Höchstgeschwindigkeiten, „vor allem aber gucke ich genau hin.“ Seine Leidenschaft für die Sache ist eher ein Plädoyer für gutes Beobachten. In dem Zusammenhang stellte er auch gleich augenzwinkernd klar, dass er weniger schnell ermüdet als die von ihm genutzte Kamera, die bei trüben Wetterbedingungen, morgendlichem oder abendlichem Dämmerlicht dann doch eine Zusatzbeleuchtung brauche, um noch ordnungsgemäß Braun von Grün unterscheiden zu können. Bohnhorst ist ein gutes Beispiel des technischen So-

Leguminosenflächen vorrangig ökologisch

Bohne, Börde, Bodenstruktur, Brasilien – und wie das auch noch mit Pestiziden zusammenhängt

Ökologische Vorrangflächen und Pestizide klingen schon von den Begrifflichkeiten her wenig vereinbar. Tatsächlich ist es mehr als fragwürdig, wo denn der Ökologie Vorrang gewährt wird, wenn Wirkstoffe wie Glyphosat eingesetzt werden können, deren einziger Sinn und Zweck es ist, Ökologie im Sinne einer Artenvielfalt auszuschalten zugunsten des Vorrangs einer einzigen Art, der Kulturpflanze. Oder der Wirkstoff Pendimethalin, der ebenfalls der Unkrautbekämpfung, also der Artenreduktion auf der behandelten Fläche, dient, aber darüber hinaus auch noch durch seine hohe Flüchtigkeit weit auf andere Flächen, egal ob ökologisch vorrangige, konventionelle oder ökologisch bewirtschaftete, verfrachtet werden kann. Beide Wirkstoffe setzen aber konventionelle Ackerbauern auf sogenannten ökologischen Vorrangflächen (ÖVF) ein, seit die EU-Kommission diese im Rahmen des Greenings eingeführt und die Chemie- und Bauernverbandslobby die Pestizidanwendung auf eben jenen hineinverhandelte. Den Unterschied beim Greening macht die Frucht, der Anbau von Leguminosen erfuhr durch die Einführung ihrer Exklusivität als Hauptfrucht für jene ÖVF in den vergangenen zwei Jahren geradezu einen Boom. Plötzlich bauten konventionelle Ackerbauern Bohnen und Erbsen an, die die Wirkung von Knöllchenbakterien nur noch vom Hörensagen kannten. Noch mehr Experimentiergeist, diese womöglich ohne Pestizide anzubauen, hätte viele überfordert und wohl längst nicht zu jenen Steigerungen der Anbauzahlen geführt. Das vergrößerte Angebot, gepaart mit der gesellschaftlichen und zunehmend auch vom Lebensmitteleinzelhandel eingebrachten Forderung nach einer Nutztierfütterung mit heimischen (weil gentechnikfreien und regenwaldschonenden) Eiweißfuttermitteln, ließ und lässt die nach wie vor wenig bewegliche Front der Futtermittelwerke in Sachen Annahme, Verwertung und Bezahlung zumindest bröckeln. Gleichzeitig stärkte der Leguminosenboom die in den vergangenen Jahren eher schwache Position der letzten verbliebenen Züchter in dem Segment, ließ Hoffnungen auf mehr Aktivität und auch finanzielles Engagement wachsen.

Neues Greening?

Nun soll, geht es nach dem Willen von EU-Agrarkommissar Phil Hogan, in



Sonniges Hacken!

Foto: Schievelbein

einer Revision des Greenings erneut ein Verbot von Pestiziden auf ökologischen Vorrangflächen kommen. Wieder formierte sich Widerstand, unterstützt von EU-Parlamentariern, allen voran dem konservativen EVP-Abgeordneten Albert Deß aus Bayern. Dass in der, nur als Paket eingebrachten, Greeningrenovierung auch aus ihrer Sicht unstrittig positive Änderungen (wie die Möglichkeit Gemenge, also beispielsweise auch Klee gras auf ÖVF anzubauen) stecken, bedauern die Kritiker. Dass die dann auch entfallen würden, wird aber als Kollateralschaden im Kampf für Pestizide akzeptiert bzw. die Unteilbarkeit des Maßnahmenbündels als unlautere Tour kommentiert. Auf dem Acker fürchten konventionelle Neueinsteiger in Sachen Leguminosen vor allem Unkraut und auch Läuse und durch sie übertragene Viruskrankheiten und würden den Königinnen des Ackerbaus zugunsten von Zwischenfrüchten auf ÖVF wieder den Rücken kehren, so die Befürchtung der Kritiker.

Neue Herausforderungen

Auch eine praktische Versuchsanstellung wie die des Demonetzwerks Erbse/Bohne und des AbL-Projektes Eiweißfuttermittel aus Niedersachsen (EFN), in dem Öko-Ackerbauer Jan Wittenberg bei seinem konventionellen Kollegen Thomas Stadler auf einem Hektar dessen Ackerbohnenfläche im niedersächsischen Alfeld mechanisch unkrautreguliert, wird Skeptiker, das wurde bei einer Ackerbegehung deutlich, nur begrenzt überzeugen. Zwar

stehen auf der bislang dreimal gestriegelten und einmal mit der Kombination aus Trefflerhacke und Striegel bearbeiteten Fläche die Bohnen genauso gut und weitestgehend ohne Unkraut da wie auf dem konventionell mit Glyphosat, Pendimethalin und zweimal mit Bentazon behandelten Reststück. Auch die Kosten gehen bislang nicht so weit auseinander, als dass es gegen die mechanische Variante spräche. Zwar bleibt die Frage, wie konventionelle Betriebe die Frage nach der ja nicht standardmäßig vorhandenen Technik beantworten sollen (Maschinengemeinschaft, selber kaufen, den Ökonachbarn im Lohn engagieren?). Entscheidender scheint aber die Furcht, die vermeintlich einfacheren und ausgetretenen Wege zu verlassen und sich der wieder größeren ackerbaulichen Herausforderung zu stellen. Konventionellen Bauern und Bäuerinnen ist klar, dass mechanische Unkrautbekämpfung mehr Fingerspitzengefühl und das Erkennen und die Schlagkraft zum richtigen Zeitpunkt erfordert. Gleichzeitig ist vielen aber ebenso klar, dass sie nicht nur aufgrund des womöglich drohenden Pestizidverbots im Greening etwas an ihrer Bewirtschaftung ändern müssen. Auch Thomas Stadler hat die Ackerbohne bereits seit fünf Jahren im Anbau, also noch bevor sie zur Greenfrucht avancierte, weil er aufgrund zunehmender Probleme mit Resistenzen seine Fruchtfolge erweitern wollte.

Und Fragen

Die Frage ist also, wie lange es noch

Erfahrungen konventioneller Ackerbauern mit gespritzten Leguminosen braucht, um sie so sehr mit der neuen alten Frucht vertraut gemacht und von den positiven Wirkungen in Sachen Nährstoffversorgung, Bodenstruktur oder Ackerfuchsschwanzproblemen überzeugt zu haben, dass sie sich den Anbau auch ohne Pestizide zutrauen. Die Frage ist auch, wie lange es noch Leguminosenerntemengen auf mindestens heutigem Niveau braucht, um Futtermittelwerke von der Bereitschaft zur Verwertung und Vermarktung und schlussendlich auch der Zahlung besserer Preise zu überzeugen. Und die Frage ist auch, wie lange die Pflanzzüchter noch brauchen, um Leguminosen wieder als Bereicherung ihres Produktportfolios angesichts eines gesellschaftlich gewünschten vielfältigeren Ackerbaus und angesichts eines vor vielen Problemen stehenden, bislang einseitig auf Ertragssteigerung ausgerichteten Wettlaufs zu sehen. Es ist die absurde Situation entstanden, dass gespritzte Leguminosen auf ÖVF zwar nur wenig unmittelbar ökologisch von Vorteil sind (ja, sie werden immer noch weniger gespritzt als andere Kulturen, ihr reines Dasein in der weiteren Fruchtfolge bewirkt mindestens manchmal, dass andere Kulturen weniger gespritzt werden, sie erweitern das Blütenspektrum für Bienen und andere Insekten und darüber freuen sich dann die Vögel...). Aber sie haben eben doch einige wichtige positive Auswirkungen, die an anderer Stelle – beispielsweise am Amazonas – sogar auch ökologisch sind. cs

„Aufwuchs sehr zufriedenstellend“

Ein konventioneller Ackerbauer setzt auf Leguminosen ohne Herbizide

Unabhängige Bauernstimme: Herr Schlegel, in hiesigen Breiten findet man Ackerbohnen höchstens auf Greening-Flächen oder im ökologischen Landbau. Warum bauen Sie diese Hülsenfrüchte an?

Christian Schlegel: Ich will bei meinen Legehennen nicht nur in der Haltung form „Hühnermobil“ Verbraucherwünsche berücksichtigen und nicht nur mit dem Spruch „aus eigener Fütterung“ werben, sondern dies auch in die Tat umsetzen. Ackerbohnen, sogar im Gemenge mit Hafer, sind da ein guter Einstieg, so dass ich auf über 80 % selbst erzeugtes Futter in der Ration komme. Und das ist ein echtes Argument.

Sehen Sie weitere Vorteile?

Auf jeden Fall. Die Bodengare verbessert sich, außerdem lockere ich die Fruchtfolge auf und kann auch mal eine Sommerung anbauen. Zudem spare ich Dünge- und Pflanzenschutzmittel ein. Zum Vergleich habe ich beim Winterweizen circa acht Überfahrten für Pflanzenschutz und Düngung pro Saison in den letzten Jahren ausgeführt.

Und welche Maßnahmen planen Sie jetzt?

Beim Gemenge habe ich im Voraufbau gar keine Bodenherbizide gespritzt und

im Nachaufbau bisher auch in der Reinsaat gar nichts. Striegelmaßnahmen habe ich bisher noch nicht eingepplant, vielleicht setze ich ein Gerät von einem benachbarten Biolandbauern ein. Letztes Jahr gab es in Bohnen große Probleme mit dem Nanovirus – viele Bestände zeigten großflächige Vergilbungen, Wuchsdepression, Ernteauffälle usw. Bislang wächst bei mir alles prima bis auf kleine Bissstellen am Blattrand, hervorgerufen durch den gleichnamigen Blattrandkäfer. Marienkäfer sind auch schon vereinzelt zu sehen, was auf Blattläuse hinweist und ich werde das weiter beobachten.

Wie sieht es mit der Bodenbearbeitung aus?!

Ich habe im Oktober zur Winterfurche gepflügt und am 17. März die Bohnen direkt mit Kreiselgrubber und Drillmaschine gedreht, wobei ich versucht habe, die Bohnen so tief wie möglich zu legen.

Wo sehen Sie jetzt Ihre Herausforderungen?!

Ich wurde gewarnt, dass der Mähdröschler zusetzt, weiß aber nicht, ob das stimmt ...

Nach den Erfahrungen vieler Kollegen ist dieses Problem eher gering. Aber nun zurück zum innerbetrieblichen



Im Zweifel wird gestriegelt

Foto: Schievelbein

Ablauf. Mit welchen Fragestellungen müssen Sie sich auseinandersetzen?

Ich habe keine eigene Trocknung und hoffe so, die Ackerbohnen trocken dreschen zu können, um sie dann in das Futter für meine Legehennen komplett einzumischen. Im Gemenge mit Hafer stellt mich die Notwendigkeit der gleichzeitigen Abreife der Kulturen vor eine neue Aufgabe. Deshalb habe ich einen spät abreifenden Hafer mit einer relativ früh abreifenden Ackerbohne gemischt. Viele Kollegen säen Ackerbohnen zuerst auf einer Tiefe von sechs bis acht Zentimeter ein, um danach je nach Sorte und Witterung den Hafer in einer weiteren Überfahrt quasi obendrauf zu drillen, da dieser lieber drei bis vier Zentimeter tief gelegt wird. Ich habe ein Gemenge zur Hälfte Ackerbohnen und Hafer in einem Arbeitsgang ausgesät, so dass die Bohne eventuell nicht ganz so tief abgelegt wurde, allerdings ist der Aufwuchs dieses Jahr für mich sehr zufriedenstellend.

Welche Perspektiven sehen Sie in Bezug auf die Eier aus dem Mobilstall?

Die Vermarktung der Eier an regionale Bäckereien und Schlachtereien und auch an einige selbstständig geführte

Lebensmittelgeschäfte vor Ort läuft neben dem Selbstbedienungsautomaten ab Hof gut. Gerade dort kaufen qualitätsbewusste Verbraucher ein, die genau hinschauen und gerne ein paar Cent mehr für eine gute Qualität ausgeben. Hier schließt sich der gläserne Kreis vom Erzeuger bis zur Ladentheke.

Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg!

Anika Berner,
Eiweißfutter aus Niedersachsen

Betrieb Schlegel:

Christian Schlegel bewirtschaftet seinen konventionellen Ackerbaubetrieb mit knapp 200 ha Fläche mit Bodenpunkten zwischen 40 und 80 in Südniedersachsen. Neben Weizen, Rüben und Raps baut er auf 1,77 ha Ackerbohnen in Reinsaat und im Gemenge mit Hafer für seine Legehennen an. Sie sind Teil des Futters für seine demnächst insgesamt 1.000 Legehennen, die er ab August in drei Hühnermobilen und einem Feststall mit Auslauf hält. Schlegel ist mit seinem Betrieb Teil des bundesweit agierenden Demonstrationsnetzwerkes Erbse/Bohne und des niedersächsischen AbL-Projektes Eiweißfuttermittel aus Niedersachsen (EFN).



Hühnermobilist und Ackerbohnenbauer Christian Schlegel

Foto: EFN

Ackern über Wasser

Erfahrungen zu Gewässer schonendem Arbeiten aus Kooperationen in Wasserschutzgebieten

Kooperationen von Wasserversorgern mit Bauern und Bäuerinnen vor Ort zeigen als praktische Beispiele, wie beides überein zu bekommen ist: sauberes Grundwasser, damit eine Entnahme zur Aufbereitung als Trinkwasser mit möglichst wenig Reinigungsschritten möglich ist, und eine wirtschaftlich und ökologisch tragfähige landwirtschaftliche Flächennutzung. „Es haben sich vier Aspekte herausgestellt, die Wasserschutzkooperationen erfolgreich machen“, zählt Eva Sailer von den Stadtwerken Augsburg auf: eine vom Gefühl der Landwirte her angemessene Bezahlung ihrer Leistungen; eine hohe Flexibilität der Kooperationsverträge, die keine Standards fest-schreiben, sondern auf individuelle Bedürfnisse eingehen; die Beteiligung der Landwirte am Prozess und ein neutraler Vermittler neben den zwei Partnern Landwirt und Wasserversorger, der dafür sorgt, dass beide Interessen gewürdigt werden. Gerade auch vor dem aktuellen Hintergrund der neuen Düngegesetzgebung, die nach langen Jahren der Diskussion auf dem Weg ist verabschiedet zu werden, kann sich ein Blick auf die langjährigen praktischen Erfahrungen lohnen – zumal die genaue Ausgestaltung auf Länderebene und die konkrete Anwendung noch ausstehen. Wichtigster Parameter für den Grundwasserschutz ist neben den Nitratwerten der im Boden verfügbare mine-

ralisierte Stickstoff (Nmin) zum Herbst. „Dann drehen sich die Verhältnisse: Die Verdunstung ist geringer als die Niederschlagsmenge, die Pflanzen nehmen weniger auf und mit dem Sickerwasser setzt der Transport ins Grundwasser ein“, beschreibt Dr. Christina Aue vom Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) die Vorgänge. Verschiedene Maßnahmen sind erprobt, um späte hohe Nmin-Werte zu verhindern: keine Düngung im Herbst, ständige Begrünung mit Zwischenfrüchten und Untersaaten, bodennahe Ausbringung von Wirtschaftsdüngern sowie reduzierte Düngemengen.

Extensives Wirtschaften

Johann Schlecht, der einen Milchvieh- und Futterbaubetrieb bei Augsburg betreibt, hat eine freiwillige Vereinbarung mit den Stadtwerken abgeschlossen, 100 Prozent seiner Betriebsfläche liegen im Wasserschutzgebiet. Eingestellt hat er sich darauf durch sehr extensive Wirtschaftsweise: „Man muss damit leben können zu sehen, wie andere bei der Ernte viel mehr abfahren – dafür muss ich vorher weniger aufwenden.“ Weil er das Getreide dünner sät und weniger düngt, sind die Bestände weniger dicht und er setzt viel weniger Fungizide ein. „Man braucht nicht auf Qualitätsgetreide zu setzen“, weiß Schlecht um die Einschränkungen, „für die nötigen Eiweißgehalte kommt da

kurz vor der Abreife noch eine Düngengebe. Bei unseren durchlässigen Kiesböden ist die Gefahr zu hoch, davon je nach Niederschlag das meiste in den Messstellen wieder zu finden.“ Insgesamt ist Schlecht zufrieden, sieht den Wasserschutz als extra Standbein: „Egal wie das Wetter ist, ich habe noch die Ausgleichszahlungen von den Stadtwerken.“ Gezahlt wird eine niedrige Grundprämie, der Finanzanreiz besteht hauptsächlich in einer Prämie für möglichst geringe Nitratwerte im Herbst und einer weiteren für Begrünung über Winter.

Intensive Planung und Beratung

Im Einzugsbereich des OOWV hat Franz Josef Dasenbrock seinen Betrieb mit Ackerbau und Schweinehaltung im geschlossenen System von Sauenhaltung über Ferkelaufzucht bis hin zur Mast. Er baut Zwischenfrüchte zur Winterbegrünung an und verzichtet auf bestimmte Pflanzenschutzmittel. Die größte Herausforderung ist das durch Beratungsangebote unterstützte Nährstoffmanagement: „Das erfordert eine intensive Düngplanung, und zwar jedes Jahr neu. Im Frühjahr lasse ich den Nährstoffgehalt meiner Wirtschaftsdünger untersuchen. Die Unterschiede sind erstaunlich, Faustzahlen kann ich vergessen.“ Er bewertet die Bestände auf den Flächen und den Nmin-Gehalt des Bodens, um sich zu überlegen, wie die Nährstoffe verteilt werden. „Betriebllich hat das ja auch positive Effekte: Die intensive Betrachtung der Ackerflächen führt dazu, sehr gut über sie Bescheid zu wissen.“

Das sieht auch Bernd Bulich ähnlich, der mitten im direkten Stadtumfeld von Köln ackert und Mitglied in der ältesten deutschen Wasserschutzkooperation Drüber und Drunter e. V. ist. Ziel des gemeinsamen Vorgehens war von Anfang an, „kein Betrieb sollte schlechter gestellt werden, weil seine Flächen im Wasserschutzgebiet liegen. Deshalb haben wir als Konzept die Intensivberatung etabliert“, so Bulich. Ein eigener Berater begleitet die Betriebe durch die Vegetationszeit – gemeinsam werden die Ergebnisse der regelmäßigen Bodenproben ausgewertet, entsprechend Düngung und Pflanzenschutzmitteleinsatz geplant, ebenso Sortenwahl und Art der Bodenbearbeitung. Schon in den 90ern wurde für alle eine elektronische Schlagkartei zur Unterstützung eingeführt. Solche Anschaffungen wer-

den bezuschusst, ansonsten gibt es keine vorgeschriebenen Maßnahmen oder Ausgleichszahlungen.

Die individuellen Vorgehensweisen zeigen, was den Wasserschutz besonders und schwierig macht: Neben der Art der Landnutzung beeinflussen die Bodenverhältnisse, die regionalen Klimabedingungen und die jährlich schwankende Witterung, ob und in welchem Maße Einträge von Nährstoffen oder Wirkstoffen von Pflanzenschutzmitteln aus dem Oberboden in die verschiedenen Grundwasserkörper gelangen. Umso mehr kommt es auf die Motivation an, wasserschonend zu wirtschaften. Dr. Aue sieht die ökonomischen Zwänge: „Es ist schwierig, in einer Region Wasserschutz umzusetzen, wo es Wirtschaftsdünger im Überangebot gibt. Die Kosten zum Verbringen der Überschüsse stehen der Kooperation genauso im Weg wie die steigenden Bodenpreise – da haben die freiwilligen Vereinbarungen mit ihrer finanziellen Ausstattung nicht die Anreizwirkung, die sie bräuchten. Viele Betriebe entscheiden sich eher, noch intensiver zu wirtschaften, um ihr Auskommen zu sichern.“ Sailer betont die verschiedenen Ebenen des Wasserschutzes: „Nur Freiwilligkeit ohne Ordnungsrecht geht nicht, denn die zieht gerade bei schwierigen Fällen nicht. Dinge, die wichtig sind, müssen als Leitplanken vorgegeben werden, z. B. nach oben hin einen starken Viehbesatz zu begrenzen, um ein Gülleproblem zu vermeiden. Letztlich hat der Geldbeutel doch das größte Gewicht.“

Für Bulich speist sich die Motivation aus der öffentlichen Bestätigung: „Hier sehen die Leute, wann und wie oft ich mit dem Güllefass oder der Pflanzenschutzspritze fahre. Als Arbeitskreis machen wir uns Gedanken zur Ausbringung – zum richtigen Zeitpunkt, wie viel und mit welcher Technik, damit nicht nur der Bedarf der Pflanzen, sondern auch Boden, Grundwasser und Luft berücksichtigt werden. Dafür bekommen wir sehr viel positive Resonanz – die Gülle stinkt dann eben nicht mehr nur. Es bringt nichts, den Kopf in den Sand zu stecken. Wir müssen selbst aktiv sein.“ Wegweisende Worte. Denn der Wasserschutz wird die Landwirtschaft auch zukünftig weiter beschäftigen – weil die Intensivierung Probleme mit sich bringt, zusätzlich mit klimatischen Veränderungen zusammenfällt und so für Handlungsbedarf sorgt. cw



Ackerbauer Bernd Bulich bringt organischen Dünger mit Güllegrubber ein Bild: Jürgen Lowis

Freie Fahrt für gemein zugängliches Saatgut

Erste Open-Source-Tomatensorte in Berlin vorgestellt

Wo weltweit Hybridsaatgut und die Fusion großer Saatgutunternehmen auf dem Vormarsch sind, könnte eine kleine gelbe Freilandtomate als erste Open-Source-lizenzierte Sorte (OSS) der zunehmenden Privatisierung von Saatgut Paroli bieten. Seit mehreren Jahren forscht eine Arbeitsgruppe des gemeinnützigen Vereins AGRECOL e. V. (Verein zur Förderung standortgerechter Landnutzung), bestehend aus Pflanzenzüchtern, Agrarwissenschaftlern und Juristen, an einer Lizenz, die Saatgut vor Patentierung und Privatisierung schützen soll. Die neue Saatgutlizenz räumt dem Nutzer unentgeltlich ein einfaches Nutzungsrecht ein: Man darf das Saatgut benutzen, vermehren, weitergeben, züchterisch bearbeiten und es weiterverbreiten. Jede darüber hinausgehende Beschränkung (z. B. Privatisierung und Sortenschutz) sind nicht erlaubt – das gilt für den Lizenznehmer und für jeden, an den er das Saatgut weitergibt. Nachbaugebühren fallen bei OSS-Saatgut für den Landwirt ebenfalls nicht mehr an. Lizenzverletzungen könnten mit Hilfe von Genkartierung nachgewiesen und dann strafrechtlich verfolgt werden. Es sei daher zu heikel für große Firmen, Genmaterial des OSS-Saatgutes in ihre Züchtungen einzuschleusen, meint Johannes Kotschi von der Initiative. Die erste OSS-lizenzierte Tomatensorte in Deutschland stammt von der Göttinger Saatgutvermehrung Culinaris und ist für den Amateurbereich und die Direktvermarktung geeignet. Sie wurde nun auf einer Veranstaltung in Berlin vorgestellt. Der bereits lizenzierte Sommerweizen „Convento C“ stammt aus der Getreidezüchtung des Dottenfelder Hofes von Hartmut Spieß. Die Initiative möchte weitere Sorten, darunter eine Kartoffelsorte, alsbald lizensieren lassen. Auch

andere Pflanzenzüchter kündigten Interesse an. „Seit 30 Jahren ist der Züchterfortschritt für die Allgemeinheit nicht mehr zugänglich“, klagt der Agrarforscher Bernd Horneburg der Uni Göttingen. Das Bundesortenamt gibt nämlich einmal jährlich alle nicht mehr zugelassenen Sorten an die Genbank des IPK Gatersleben weiter – nicht mit dabei sind jedoch Hybrid- und Inzuchtlinien und damit der größte Teil der Neuzüchtungen der letzten Jahrzehnte.

Alle beteiligen

Wie genau der Mehraufwand zur Einhaltung der Lizenz gewährleistet werden soll, wissen die Initiatoren jedoch leider noch nicht genau. Klar ist, dass vielfältige Finanzierungswege gegangen werden müssen. Es sollten „alle entlang der Produktionskette mehr beteiligt werden“, sagt Kotschi. Vor allem aber sollte der Staat mehr in die Pflicht genommen werden. Eine Möglichkeit wäre, einen „Züchtungscent“ oder „Sortenentwicklungsbeiträge“ zu verlangen, wie es Pflanzenzüchter in Deutschland und Südeuropa bereits tun, schreibt die OSS-Initiative auf ihrer Internetseite. In den USA gibt es bereits die Saatgutinitiative OSSI (Open Source Seed Initiative). Im Gegensatz zu OpenSourceSeeds verfolgt sie einen ethischen Ansatz. Die Lizenz gilt allerdings nur für den Lizenznehmer; es ist nicht rechtlich verankert, dass sich der darauffolgende Besitzer ebenfalls an die Re-

geln halten muss. Wichtig sind jetzt das Weitertragen der Idee, eine breite zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit und vor allem die Unterstützung aller ErhalterInnen alter und kleiner Sorten durch Kleinbauern, Saatgutinitiativen und NGOs. Auf der Veranstaltung in Berlin meldete sich zum Schluss noch der Verbandschef der deutschen Berufsimker zu Wort: Er hat die Open-Source-Saatgutlizenz als eine Vorlage für eine entsprechende Lizenz zum Schutz der Bienen herangezogen. Bald werden die ersten Bienenköniginnen mit einer Genkarte ausgestattet sein.

Julia Datzko,

Studentin Ökologische Landwirtschaft-
Infos: (<http://openseseds.org/>)



Vielfalt, da Allgemeingut

Foto: Rossmann/pixelio



Glyphosat in Kanada

Die kanadische Aufsichtsbehörde für Lebensmittelsicherheit CFIA (Canadian Food Inspection Agency) hat in 30 % aller Lebensmittel Glyphosatspuren nachgewiesen. Bei 4 % der Getreideprodukte lagen die Mengen über den zulässigen Grenzwerten. Die groß angelegte Untersuchung basiert auf 3.100 Stichproben. Das Landwirtschaftsministerium in den USA fand in 70 % aller gezogenen Proben Spuren von einem oder mehreren Pestiziden. Insgesamt wurden 178 verschiedene Pestizide nachgewiesen. ml

Urteil: ohne Begründung schwer zu bewerten

Noch ist nicht klar, welche neue Situation sich nach dem BGH-Urteil in Sachen Nachbau ergibt

Das die Urteilsbegründung noch nicht vorliegt, macht es nicht einfacher, mit der jüngsten Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) im Zusammenhang mit den Nachbaugebühren umzugehen. Klar ist bislang nur, dass der BGH den Fall eines Aufbereiteters offensichtlich anders bewertet als das Oberlandesgericht (OLG) in Karlsruhe. Die dortigen Richter hatten (auch wieder im Gegensatz zum vorinstanzlichen Landgericht) geurteilt, dass Informationen, die über die Saatgutaufzeichnungsverordnung durch Aufbereiter von Bauern und Bäuerinnen, die bei

ihnen ihre Ernte aufbereiten lassen, erhoben wurden, nicht von den Pflanzenzüchtern bzw. der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) eingefordert werden dürfen. Das OLG sah eine Kollision mit dem Wettbewerbsrecht, weil, so die Begründung, eine staatliche Verordnung zu Überprüfungs Zwecken durch Behörden nicht von einer privatwirtschaftlichen Vereinigung zum Erlangen von Informationen, die ihnen wirtschaftliche Vorteile verschaffen, genutzt werden dürfe. Es wird also interessant sein zu sehen, wie der BGH mit dieser Frage umgegangen ist, die einerseits

eine sehr zentrale für das weitere Vorgehen von Bauern und Bäuerinnen, aber auch von Aufbereiter im Zusammenhang mit den Nachbaugebühren sein wird. Gleichzeitig ist die Entscheidung widersprüchlich gegenüber der geltenden EUGH-Rechtsprechung, die besagt, dass Aufbereiter keine Sortennamen von ihrer bäuerlichen Kundschaft erfragen müssen, um diese dann weiterzugeben. Bislang wirft die BGH-Entscheidung also mehr Fragen auf, als sie beantwortet, die Urteilsbegründung bringt hoffentlich bald mehr Erkenntnisse. cs

Möglichkeiten und Risiken neuer Gentechnik-Verfahren

Interview mit Dr. Margret Engelhard, Leiterin des Fachgebiets „Bewertung gentechnisch veränderter Pflanzen/Gentechnikgesetz“ im BfN

Unabhängige Bauernstimme: Frau Engelhard, Sie sind Biologin und haben selber lange in Genetik-Laboren gearbeitet. Was ist neu an den Genome-Editing Verfahren im Vergleich zur alten Gentechnik? Können Sie das anhand CRISPR/Cas darstellen?

Dr. Margret Engelhard: Vor allem die CRISPR/Cas Technologie ist ein technischer Durchbruch. Mit diesem neuen biotechnologischen Instrument ist es möglich, gezielter und schneller ins Genom einzugreifen. Außerdem wird es leichter Organismen, die bisher noch nicht so ohne weiteres gentechnisch verändert werden konnten, für diese Technik zugänglich zu machen.

Heißt das, dass CRISPR/Cas mehr kann als die bisher verwendeten Gentechnik Verfahren?

Ja. CRISPR/Cas hat die Potenz Organismen viel weitreichender zu verändern, als bisher verwendete Gentechnik-Verfahren. So können beispielsweise ganze Stoffwechselwege ausgeschaltet oder verändert werden. Oder es werden synthetische Gene – also Gene, die so nicht in der Natur vorkommen – eingebracht. Dies eröffnet neue Möglichkeiten. Parallel dazu können aber auch genauso unerwartete

neue negative Folgen entstehen. Risikoforschung dazu gibt es aktuell allerdings noch sehr wenig.

Mit CRISPR/ist also vieles möglich...

CRISPR/Cas kann beispielsweise dazu eingesetzt werden einzelne Transgene, also artfremde Gene, in Organismen einzubringen, so wie das auch bei den alten Gentechnik-Verfahren praktiziert wird. Oder es werden sehr viele neue Transgene eingebracht und Organismen so von Grund auf umgebaut. Diese sogenannte Synthetische Biologie ist vor allem für die Risikobewertung eine Herausforderung, weil so ganz neue Organismen entstehen und klassische Bewertungsmethoden nicht mehr greifen. Der dritte Bereich wird momentan stark diskutiert, weil die rechtliche Einordnung als Gentechnik teilweise in Frage gestellt wird. Hier werden durch CRISPR/Cas einzelne Basenpaare – die „Buchstaben“ der DNA – in den Genen gezielt hinzugefügt oder entfernt. Diese Gene werden dann entweder stillgelegt, verändert oder in ihrer Wirkung verstärkt. Hier haben auch kleine Veränderungen, gerade weil sie nun gezielt möglich sind, das Potential, immense Wirkungen zu entfalten.

Wann genau kommt CRISPR/Cas bei der Entwicklung neuer Nutzpflanzen zum Einsatz? Was geht „schneller“?

CRISPR/Cas ist ein Molekülkomplex aus Nukleinsäure und Protein, der erst einmal in die Pflanze eingebracht werden muss, um dort die genetische Veränderung zu bewirken. Dies geschieht – derzeit in der Regel noch wie bei der alten Gentechnik – beispielsweise mit der Hilfe eines Bakteriums (Agrobakterium), das eine Pflanzenzelle infiziert und den CRISPR/Cas-Komplex einschleust. Aus dieser einzelnen veränderten Pflanzenzelle wird dann wieder eine ganze Pflanze regeneriert. Diese Regeneration einer Pflanze aus der veränderten einzelnen Zelle, geschieht allerdings nicht immer fehlerfrei. Durch die Effektivität von CRISPR/Cas, kann die genetische Veränderung selber schneller herbeigeführt werden. Was aber nicht schneller erfolgt, ist die Erforschung der Funktion möglicher Zielgene. Dies ist aber wiederum der zeitaufwendigste Teil bei der Entwicklung neuer Sorten.

Die neuen Gen-Scheren sollen präzise und sicher sein. Und man soll am Ende



Dr. Margret Engelhard

Foto: privat

nicht mehr unterscheiden können, ob die Veränderung „natürlich“ oder durch eine Gen-Schere eingebracht worden sind.

Ich finde die Diskussion zur Natürlichkeit wenig hilfreich. Auch in der Natur findet man Gentransfer über die Artgrenze hinweg. Wenn etwas aber auch in der Natur vorkommt, heißt das nicht automatisch, dass es auch sicher ist. Viren können zum Beispiel durch natürliche Mutationen viel schädlicher werden als vorher. Wenn solch eine Mutation in der Natur eintritt, kann ich das nicht verhindern. Wenn aber der Mensch aktiv Organismen gentechnisch verändert, sollte er nur solche Veränderungen einführen, die keine Risiken für die menschliche Gesundheit und die Natur mit sich bringen.

Sollten Ihrer Meinung nach die neuen Gentechnik-Verfahren reguliert werden?

Aus unserer Sicht sind CRISPR/Cas Verfahren momentan bereits reguliert. Ein vom BfN beauftragtes Rechtsgutachten sowie ein weiteres Gutachten sehen viele Neue Techniken eindeutig im Regelungsbereich der GVO-Freisetzungsrichtlinie. Unabhängig davon sprechen aber auch viele naturwissenschaftliche Gründe für eine Regulierung: Wegen ihres enormen Potenzials zur Veränderung von Organismen beinhalten die Neuen Techniken Chancen wie auch Risiken. Eine neue, sich rasant entwickelnde Technologie ist aber nur nachhaltig nutzbar, wenn auch das Vorsorgeprinzip beachtet wird. Das

heißt, damit hergestellte Organismen sollten nicht ohne eine Form der Prüfung auf den Markt und in die Natur gelangen, und dafür bietet sich gegenwärtig das europäische Gentechnikrecht an.

Können Sie Beispiele nennen, wie sich der Einsatz von CRISPR/Cas in der Pflanzenzucht möglicherweise negativ auf die Umwelt auswirken kann?

Beispielsweise können Neue Techniken mit wenigen Veränderungen eine Herbizidresistenz bewirken, deren Nutzung den Rückgang der Agrobiodiversität weiter vorantreibt. Andere Eigenschaften sind weitaus komplexer und mit Neuen Techniken erstmalig in greifbare Nähe gerückt wie eine höhere Stressresistenz. Die könnte aber auch dazu führen, dass sich Pflanzen in der Natur bzw. an neuen Standorten besser etablieren und hier andere Arten verdrängen.

Was passiert, wenn es zu Freisetzungen kommt und Europa im Nachhinein beschließt, die neuen Gentechnik-Verfahren als GVO einzustufen?

Dann wird es zu massiven Problemen bei der Einhaltung von GVO-Schwellenwerten kommen. Schon allein deshalb sollten aus unserer Sicht, vor einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, CRISPR/Cas Organismen immer als Gentechnik eingestuft werden.

Vielen Dank für das Gespräch!

Annamarie Volling,
Netzwerk gentechnikfreie
Landwirtschaft

Neue gentech Verfahren

Genome Editing mit seinem neusten Instrument CRISPR/Cas nennt sich ein aktuell neuer Zweig der biotechnologischen Forschung. Hinter dem Begriff CRISPR/Cas verbirgt sich ein neues gentechnisches Werkzeug, das gezielte Veränderungen der Erbinformation von Tier, Pflanzen, Menschen und Mikroorganismen ermöglicht. Die Spannweite der Veränderungen ist dabei enorm: von der Veränderung eines Buchstaben der DNA bis zum Einfügen von vollständig synthetisch hergestellter Erbinformation. Auch die „klassische“ Agro-Gentechnik, wie sie auf den Äckern vieler Länder wächst, hat Verwendung für CRISPR/Cas. Zurzeit wird wissenschaftlich und rechtlich darüber gestritten, ob eine Untergruppe der Gen-editierte Organismen, - sogenannte „Neue Techniken“ - als gentechnisch veränderte Organismen (GVO) einzustufen sind. Nur dann wären die für GVO gelten EU-Richtlinien anzuwenden, sprich eine Risikountersuchung, Zulassungsverfahren, Rückverfolgbarkeit, Kennzeichnung und Monitoring gewährleistet.

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) ist die wissenschaftliche Behörde des Bundes für den nationalen und internationalen Naturschutz. Es ist eine der Ressortforschungseinrichtungen des Bundes und gehört zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums.

Patente verbrennen statt Konzerne zu stärken

Bei der Aktionärsversammlung des Bayerkonzerns geht es um Rendite und Welternährung aber nicht um Ernährungssouveränität

Es war die erste Bayer-Hauptversammlung nach der Ankündigung der Übernahmeabsichten von Monsanto durch Bayer. Mitten in Bonn, im World Conference Center am Platz der Vereinten Nationen genau gegenüber der UN-Gebäude. Hier die Konzerninteressen, da die Menschenrechte – einen symbolträchtigeren Ort hätte man wohl kaum finden können. Vor den Toren der Hauptversammlung rauchten die Schloten der „Patentverbrennungsmaschine“, einer ehemaligen Kartoffeldämpfkolonie. Mühsam hatten sich die Demonstranten ihr Recht auf Meinungsäußerung in der Nähe des Tagungsortes erstreiten müssen. Mit nicht weniger als dem Argument einer „bedeutenden Terrorgefahr“ hatten die Anwälte von Bayer versucht zu verhindern, dass die Kritik in sichtbarer Nähe der Veranstaltung stattfinden kann. Nicht auszuschließen, so die Anwälte, sei, dass es einen Anschlag gebe, um so den Kurs der Bayeraktien einbrechen zu lassen. Viel heiße Luft, jedenfalls in Bezug auf die durchweg friedliche Demonstration vor den Toren des Kongresszentrums. Den Demonstranten ging es nicht um Kursgewinne oder Verlust, sondern um den Erhalt der bäuerlichen, unabhängigen Landwirtschaft weltweit. Die Redner von unterschiedlichen Organisationen, von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, von Misereor, von der internationalen Vereinigung ökologischer Landbauunternehmen IFOAM, von der Coordination gegen BAYER-Gefahren, Vertreter verschiedener Parteien und nicht zuletzt der ehemalige Saatgutminister von Paraguay verdeutlichten in ihren Reden die Bedrohung der Ernährungssouveränität durch das Geschäftsgebaren von Monsanto und Bayer. Mit der geplanten Fusion von Bayer und Monsanto kommt es zu einer Konzentration im Bereich Saatgut und Pflanzenschutz. Rund 30 % des Marktanteils bei konventionellem Saatgut und 25 % bei den Pestiziden hätte der Konzern „Baysanto“ nach der Vereinigung inne. Die dadurch entstehende Marktmacht bedroht Bauern und Bäuerinnen, Verbraucher/innen, die Umwelt und die Ernährungssicherheit. Auch die Vielfalt des Saatguts wird durch Patente des Agrarriesen beeinträchtigt.

Im Kongresszentrum schildert der Vorstandsvorsitzende Werner Baumann, unterstützt durch Einspielungen von kleinen Werbefilmchen, in einem

monotonen Singsang die Entwicklungen des Konzerns. Wer nicht genau aufpasst, überhört die eigentlich wundervolle Aufgabe, die sich das Unternehmen selbst gesetzt hat. Es geht nicht nur darum, neue Märkte zu erschließen, den Absatz zu steigern und durch die Übernahme von Monsanto zu einem der drei größten Unternehmen im Bereich Saatgut und Pflanzenschutz weltweit zu wachsen. Nein – Baumann geht es darum, die Welternährung zu sichern, den Hunger nachhaltig zu bekämpfen. In den Werbefilmchen allerdings sind nicht hungernde Kinder zu sehen, deren Eltern wegen des Anbaus von Cash-Crops von ihrem Land vertrieben wurden. Das Unternehmen zeigt lieber Bilder eines bis zum Hori-

Grüne Gentechnik sicher ist.“ Draußen am Kongressaal, in Sichtweite der Demonstranten, hat der Konzern ein Plakat aufhängen lassen. „Nutzt doch mal Fakten“ ist die Botschaft. Informieren soll man sich am besten auf der Bayer-eigenen Homepage.

Nur die Redite zählt

Gut, dass auch die Rede des Vorstandsvorsitzenden irgendwann zu Ende ist. Auch die ersten Beiträge der Aktionärsvertreter zeigen, dass es nicht um Welternährung, sondern um Konzernwachstum geht. Und das könnte durchaus beeinträchtigt sein, so die Sorge: „Die Aktionäre sind besorgt, was die Monsanto-Übernahme mit ihrer erfolgreichen Bayer AG machen wird“, sagte

Chef Robert Shapiro Ende der 1990er Jahre, indem er die „Lebensmittelversorgung in den Griff bekommen“ wollte, „vom Acker bis zum Teller“. Ein wenig eleganter formuliert es jetzt Baumann, wenn er die Bekämpfung des Welthungers in den Vordergrund rückt. Bei genauerem Hinsehen wird schnell deutlich, welche Abhängigkeiten schon jetzt bestehen.

Immer größere Abhängigkeit

So hatten die vier größten Unternehmen bei Saatgut 2013 einen Marktanteil von 58 % und am Pestizidmarkt sogar schon von 62 %. Ganz aktuell stehen aber neben der Fusion von Bayer und Monsanto weitere Zusammenschlüsse an. So wollen sich Dow und DuPont sowie ChemChina und Syngenta zusammenschließen und würden dann zusammen 44 % des kommerziellen Saatgutmarktes und 65 % des Pestizidmarktes in Europa beherrschen. Durch inzwischen nicht unübliche Cross-Lizenz-Vereinbarungen zwischen den Unternehmen, die die gegenseitige Nutzung von Entwicklungen regeln, bildet sich ein immer engeres Netz. Mittels Patenten auf Tiere und Pflanzen versuchen die Konzerne ihre Erfindungen zu sichern und schränken damit die Möglichkeiten anderer Züchter, die Freiheit der Bauern bei der Saatgutwahl und die Unabhängigkeit der Bevölkerung bei der Wahl ihrer Lebensmittel ein. So warnt auch der Beirat für Biodiversität und Genetische Ressourcen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMEL): „In der Folge entstehen verstärkte rechtlich-ökonomische Risiken sowie verstärkter ökonomischer Druck auf kleine Betriebe in Landwirtschaft und Züchtung. Es ist plausibel anzunehmen, dass die Biopatentierung zu einer Verminderung der verfügbaren Diversität in der Züchtung und Nutzung tier- und pflanzengenetischer Ressourcen führt.“

Die Konzentration im Saatgut- und Pestizidmarkt drängt die Landwirte als Primärproduzenten in den nachgelagerten Bereich. Anstelle eines Dienstleisters haben sich Pharma- und Saatgutunternehmen wie Bayer -Monsanto zum Ziel gesetzt zu entscheiden, wie Landwirtschaft gestaltet werden soll und was zu produzieren sei. Sie greifen damit weit ein in das Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen, nicht nur der Bauern.



Patente und Konzernfusionen ins Feuer

Foto: Nürnberger

zont reichenden Sojafeldes und lässt den gut genährten Gutsverwalter über den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln referieren. Baumann will durch den Zusammenschluss Entwicklungskosten sparen, will den Landwirten weltweit Saatgut und Pestizide verkaufen, natürlich von Bayer. Explizit setzt er dabei auch auf die Grüne Gentechnik. „Für Ängste, die von den Gegnern dieser Technologie geschürt werden, gibt es keinerlei faktische Grundlagen. Wissenschaftliche Studien belegen, dass die

Marc Tüngler, Aktionärsschützer der DSW (Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz). Man könne jeden Euro nur einmal ausgeben. Fondsmanager Speich fürchtet, dass Bayer sich überhebt. „Vor Monsanto war Bayer ein gut geführter Konzern auf solidem Wachstumskurs. Nun muss Bayer gewaltige Schulden stemmen.“

Der US-Politiker Henry Kissinger sagte: „Wer das Saatgut beherrscht, beherrscht die Welt.“ Genau dieses Ziel formulierte der ehemalige Monsanto-

Migration und Arbeitsbedingungen

La Via Campesina Europa für eine soziale und an Bauern orientierte EU

Noichl will Umverteilung

Auf Initiative der SPD-Europaabgeordneten Maria Noichl verabschiedete das EU-Parlament einen Bericht, der die Problematik der Landkonzentration in Europa anprangert. Gleichzeitig wird in der zukünftigen gemeinsamen Agrarpolitik die Einführung eines effektiveren Mechanismus für die Umverteilung von Beihilfen eingefordert, um der Konzentration von Agrarland entgegen zu wirken. „Nicht die Flächengröße, sondern der Mehrwert für die Gesellschaft muss unser Vergabekriterium sein“, so Noichl. Liberale und konservative Parlamentsabgeordnete versuchten verschiedene kritische Anmerkungen hinsichtlich der derzeitige Landkonzentration unterstützenden Agrarsubventionen aus dem Bericht herauszustimmen. Ebenso wollten sie die Forderung nach einer Obergrenze der Subventionen pro Betrieb wie auch eine stärkere Umverteilung auf die ersten Hektare nicht im Bericht stehen haben. Sie scheiterten in den Abstimmungen. „Ihr Abstimmungsverhalten zeigt deutlich, dass sie sich der Schwere des Problems immer noch nicht bewusst sind oder die Verwerfungen auf dem Bodenmarkt bewusst dulden. Damit schützen sie die großen Agrarkonzerne, was wiederum zu Lasten der kleinen und mittleren Betriebe geht, die dem Preisdruck nicht standhalten können und aufgeben müssen“, schreibt Noichl. cs

Ort und Zeitpunkt der jährlichen Generalversammlung der Europäischen Koordination Via Campesina (ECVC) in Rom waren nicht zufällig gewählt: Am 25. März 2017, dem 60. Jahrestag der Römischen Verträge der Europäischen Union, hatte eine Vielzahl von Organisationen zum „March for Europe“, einer Demonstration für Europa, aufgerufen. Wünsche, Forderungen aber auch Kritik an der Politik der EU sollten dabei sichtbar werden. Auch wir, rund 120 Vertreter von La Via Campesina Europa und Freunde aus der ganzen Welt, haben zusammen mit mehr als 10.000 Teilnehmern Flagge gezeigt. So haben wir z. B. in einem kleinen Theaterstück unserer Unzufriedenheit über die Einflussnahme großer Agrarkonzerne wie Bayer, Monsanto und Co. auf die europäischen Institutionen Parlament, Rat und Kommission Ausdruck verliehen.

Bei der ECVC-Generalversammlung vom 22. bis 25. März waren Mitgliedsorganisationen aus 22 europäischen Ländern vertreten und haben sich über Vergangenes ebenso ausgetauscht wie über Visionen, Forderungen und Aktionen für die Zukunft. Ganz konkret ging es sowohl um Organisatorisches (z. B. Aktions- und Kassenberichte des letzten Jahres, Neuwahl des Koordinationskomitees von ECVC) als auch um die Vorstellung und Diskussion von aktuellen Positionen zu Arbeitsbedingungen von MigrantInnen in der Landwirtschaft, zur Bauernrechtsdeklaration, die zurzeit im Menschenrechtsrat der UN zwischen den Mitgliedsstaaten verhandelt wird, zur anstehenden Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, neuen Formen der

Gentechnik, Jugend von ECVC u. v. a. m.

Auch diente das Treffen zur Vorbereitung auf die 7. Internationale Konferenz von La Via Campesina im Juli. Zum ersten Mal nach 20 Jahren findet diese wieder in Europa statt. Dies ist eine gute Möglichkeit, Themen, die uns europaweit, aber auch in den regionalen Mitgliedsorganisationen wie z. B. in der AbL, bewegen, größeres Gehör innerhalb von La Via Campesina international zu verschaffen.

In einem von ECVC erarbeiteten Positionspapier wird eine aktuelle Problematik in der Landwirtschaft Europas herausgearbeitet und diskutiert: die in den letzten Jahren verstärkte Immigration nach Europa und die teils menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, zu denen MigrantInnen arbeiten. Sie sehen sich infolge von sozio-ökonomischer, klimatischer und politischer Destabilisierung in ihren Ländern gezwungen, nach Europa zu fliehen und dann u. a. auch jeglicher Art von Arbeit in der Landwirtschaft nachzugehen. Das ist auch für uns in Deutschland ein brennendes Thema! Wir sind zum einem DAS Einwanderungsland innerhalb der EU geworden und landwirtschaftliche (Saison-) Arbeitskräfte gibt es auch bei uns. Zum anderen ist Deutschland ebenso mitverantwortlich für Fluchtursachen wie Landgrabbing, Zerstörung natürlicher Ressourcen oder Treibhausgasausstoß. Denn mit Initiativen wie der „German Food Partnership“ des Bundesministeriums für Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), „unterstützt“ u. a. durch deutsche

Konzerne wie Bayer Crop Science und BASF, wird unter dem Vorwand der Armutsbekämpfung die wirtschaftliche Expansion in Subsahara-Afrika und Ostasien unterstützt.

Anne Emden und Paula Gioia,
junge AbL

7. Internationale Konferenz von La Via Campesina

Über 300 Bäuerinnen und Bauern aus über 70 Ländern werden sich vom 16. bis 24. Juli 2017 in Derio (Baskenland) zur 7. Internationalen Konferenz von La Via Campesina treffen. Diese ist das höchste kollektive Entscheidungs- und Diskussionsgremium der internationalen bäuerlichen Bewegung.

Vor dem gegenwärtigen Hintergrund vielfältiger Wirtschafts-, Umwelt- und Nahrungsmittelkrisen werden die bäuerlichen VertreterInnen aus der ganzen Welt über Ernährungssouveränität und bäuerliche Landwirtschaft als Alternative zum neoliberalen Wirtschaftssystem und dem Agrobusiness diskutiert. Unter dem Motto „Wir ernähren unsere Gemeinschaften und bauen eine Bewegung auf, um die Welt zu verändern“ bietet diese Konferenz die Möglichkeit, gemeinsam Strategien zu entwickeln, dem grünen Kapitalismus, dem weltweiten Raub von Naturressourcen, der Kriminalisierung der Bäuerinnen und Bauern, der Verbreitung von Freihandelsabkommen, der Fremdenfeindlichkeit und vielem mehr entgegen zu wirken. Darüber hinaus wird an einem Aktionsplan gearbeitet sowie über die interne Struktur der Bewegung reflektiert.

Für mehr Informationen: www.viacampesina.org oder E-Mail an: paula.gioia@eurovia.org



Demonstration für eine soziale EU und gegen die Einflussnahme großer Agrarkonzerne

Foto: Emden



Wundervoll blühen die Streuobstwiesen

Rainer Sturm_pixelio

Obstbrände aus der Eifel

Vorstellungen zur Hofübergabe

Seit ca. zwei Jahren befassen wir uns mit dem Thema Hofübergabe, da unsere beiden Kinder mit ihren Ehepartnern sich beruflich anders entschieden haben. Somit kommt für uns nur eine außerfamiliäre Hofnachfolge in Frage.

Wichtig ist es dabei für uns, nicht unter Zeitdruck zu stehen. Bereits im vergangenen Jahr besuchten wir ein entsprechendes Wochenend-Seminar des Evangelischen Bauernwerks Württemberg in Hohebuch, wo sich sowohl Hofübergeber als auch potentielle Hofübernehmer trafen. Es waren viele Studierende oder Absolventen der Uni Hohenheim dort. In Praxisberichten erzählen zwei Ehepaare über die erfolgte außerfamiliäre Betriebsübergabe. Auch Übernehmer berichteten über ihre Erfahrungen während der Übergangsphase. Wir konnten auch nette Gespräche mit jungen Interessenten führen. Inzwischen haben wir selbst eine Anzeige in der „Bauernstimme“ geschaltet und auf entsprechende Anzeigen in der Fachpresse reagiert. Mittlerweile gibt es auch bereits einige Anfragen.

Schöne Lage

Unser landschaftlich herrlich gelegener Aussiedlungshof in der Eifel hat eine besondere Ausrichtung: Kern unseres Betriebes sind umfangreiche Streuobstwiesen, die für die eigene Herstellung edler

Eifel-Obstbrände sowie für die Apfelsaftgewinnung genutzt werden. Unsere Erzeugnisse vermarkten wir über einen festen Kundenstamm selbst. Diese Flächen eignen sich zusätzlich hervorragend für extensive Tierhaltung. Aus dem eigenen Wald wird neben der Nutzholzwerbung Brennholz verkauft und Verwertung über die Zentralheizung und Befeuerung der Brennerei betrieben. Eine größere Photovoltaik-Anlage befindet sich auf den gesamten Wirtschaftsgebäuden. Die Heizung wird durch eine Solar-Anlage unterstützt. Ein eigener Tiefbrunnen und eine biologische Kläranlage sind vorhanden. Haus und Wirtschaftsgebäude befinden sich in einem guten Zustand. Es besteht die Möglichkeit zum Ausbau von Ferienwohnungen.

Es wäre unser Wunsch, einer jungen Familie mit entsprechendem Interesse eine sichere Existenzmöglichkeit zu bieten. Wegen der speziellen Betriebsausrichtungen halten wir eine Übergangsphase von ein bis zwei Jahren für erforderlich. Während dieser Zeit würden wir in gewünschtem Umfang selbstverständlich mit Rat und Tat zur Seite stehen. Auf dem Hof wohnen würden wir dann anschließend nicht mehr, da uns eine Wohnung im nahegelegenen Städtchen zur Verfügung steht.

*Alfred und Luzia Hauer,
Niederweiler*

Genossenschaftsverband droht Milchbauern

Der für Molkereien zuständige Mitarbeiter beim Genossenschaftsverband, Joachim Burgemeister, hat auf einer öffentlichen Veranstaltung der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion die Kritik des Bundeskartellamtes an den Lieferbedingungen der Molkereien scharf zurückgewiesen. Zur Veranschaulichung führte Burgemeister aus, wie er als Molkereichef vorgehen würde, wenn die Andienungspflicht fallen würde: „Wenn ich Geschäftsführer einer Molkerei wäre, würde ich mal gucken: Wer ist am weitesten weg. Ich würde mir auch erstmal die herausgucken, die mir nicht so genehm sind, deren Nase mir nicht passt und sonst etwas. Würde mir genau überlegen, ob ich da nochmal einen Vertrag mit denen mache. Und dann würde ich mir die raussuchen, die für mein Unternehmen am besten sind. Und ich weiß ganz genau, wenn ich meine Milchmenge jetzt dadurch gedeckelt habe, dann kann ich auch gut auszahlen. Und dann kommen die anderen, wenn ich wieder mehr Milch brauche, die kommen von ganz alleine. Das kann ich so machen. Ist nur die Frage: Wem hilft das denn? Die Andienungspflicht ist überhaupt nicht das Problem bei höherer Milchmenge, die Abnahmepflicht ist das Problem.“ *uj*

Omira wird Lactalis

Die Genossenschaftsmolkerei Omira mit Sitz im baden-württembergischen Ravensburg verkauft ihren Geschäftsbetrieb mit den verbliebenen zwei Werken in Ravensburg und Neuburg (nahe Ingolstadt) an die größte europäische Molkerei Lactalis und wird nur noch als Liefergenossenschaft bestehen bleiben. Omira war 2010/11 in große finanzielle Schwierigkeiten geraten, hatte damals mit 250 Mio. kg Milch rund ein Viertel der Lieferanten verloren und das Frischeprodukte-Werk in Rottweil stillgelegt. Omira setzte dann stark auf die Pulverproduktion für den Export, was sich in der Milchmarktkrise 2015/2016 als fatal erwies. Omira zahlte den rund 2.600 Milcherzeugern mit zusammen 835 Mio. kg Milch wieder nur unterdurchschnittlich aus. Nun wirbt die Omira-Spitze für den Deal mit Lactalis damit, dass Lactalis für 10 Jahre mindestens bayerischen Durchschnittspreis zugesichert habe. Für den 22.06. ist die Gesellschafterversammlung der Omira GmbH angesetzt. Lactalis betreibt 236 Produktionsstätten in 44 Ländern, hat 2016 ca. 15 Mrd. kg Milch verarbeitet und 17,3 Mrd. Euro umgesetzt. *uj*

BMEL will Abnahmepflicht ändern

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) setzt sich in Brüssel für eine Änderung der EU-Vorschriften für Milch-Lieferverträge zwischen Milcherzeugern und Molkereien ein. Das BMEL will erreichen, dass die Mitgliedstaaten für ihr Gebiet festlegen können, dass eine bisherige unbeschränkte Abnahmepflicht der Molkereien durch ein „Preis-Mengen-Element“ ersetzt werden muss. Darunter sind Mehrpreis-Modelle zu verstehen, bei denen für verschiedene Mengen oder Mengenanteile unterschiedliche Preise festgelegt oder Preiszusicherungen gemacht werden. Einbringen will das BMEL seinen Vorschlag in die Verhandlungen über die „Omnibus-Verordnung“, in deren Zuge auch die EU-Verordnung über die Gemeinsame Marktorganisation geöffnet wird. Der Vorschlag wird wohl auch Bestandteil des Milchberichts sein, den Bundesminister Schmidt am 1. Juni bei seinem nächsten Milchstrukturgespräch verschiedenen Verbandsvertretern vorstellen will. *uj*

EP-Ausschuss für Krisen-Instrument

Für Zeiten schweren Marktungleichgewichts wie der Milchmarktkrise 2014-2016 will der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments (EP) ein „Programm zur Verringerung der landwirtschaftlichen Erzeugung“ in die EU-Verordnung über die Gemeinsame Marktorganisation aufnehmen. Bei schweren Marktkrisen soll die EU-Kommission eine Beihilfe an solche Erzeuger zahlen können, die ihre Erzeugung in einem Zeitraum von drei Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verringern. Notfalls kann der Zeitraum auch verlängert werden. Gleichzeitig sollen Erzeuger, die ihre Erzeugung im gleichen Zeitraum ausdehnen, eine Abgabe auf ihre Mehrmenge zahlen. Der Vorschlag ist Bestandteil der Änderungsanträge des Agrarausschusses zur „Omnibus-Verordnung“ *uj*

Gegen die Ohnmacht

Es geht um immer mehr Macht der Konzerne, immer mehr Kontrolle, immer weniger Mitbestimmung. Neben den Fusionen von ChemChina und Syngenta sowie Dow und Dupont will die Bayer AG den Gentechnikkonzern Monsanto übernehmen. Doch wer kontrolliert eigentlich derart riesig gewordene und über alle Grenzen hinweg, weltweit agierende Konzerne. Nationale Gesetze, auch europäische greifen hier oftmals zu kurz. „Wir kommen an der Frage nach der Kontrolle der Konzernmacht nicht vorbei“, konstatieren die Autoren dieser Studie. Auf der Grundlage ihrer Recherchen schildern sie, wie sich die Zahl der jährlichen Fusionsanmeldungen seit den 1970er Jahren verdoppelt und das Volumen der einzelnen Fusionen deutlich vergrößert hat. Und während die größten 10 Prozent der Unternehmen 1990 eine

doppelt so hohe Rendite erzielen wie die mittelgroßen Firmen derselben Branche, liegt sie heute fünfmal so hoch. Bisher werden Fusionen in Deutschland und auch in der EU nur selten von den Wettbewerbshütern gestoppt. Die Studie beschreibt die Konzerne, analysiert deren Absichten und beschreibt die Konsequenzen als Folge der immer weiter zunehmenden Marktkonzentration. *mn*

Fusion von Bayer und Monsanto; Streitschrift gegen die Ohnmacht der Wettbewerbskontrolle; Herausgeber sind 20 Organisationen, u.a. die AbL. Die Studie kann bei der Bauernstimme bestellt werden und ist im Internet verfügbar.



Ein schwarzer Fleck ...

Mit kantigen, spitzen Dreiecken hat Sven Völker in diesem Bilderbuch den Songtext „King of Pain“ (deutsch: König der Schmerzen) von Sting illustriert. Ganz minimalistisch und mit kräftigen Farben übersetzt er die bildhafte Beschreibung von Schmerz - wie erklärt man ihn? Und wie sieht er aus? Entstanden sind die Bilder ursprünglich für den dreijährigen Malo, Völkers Sohn, der schwer krank häufig zur Behandlung ins Krankenhaus musste. Zusammen mit dem ins Deutsche übersetzten Text von Sting ist daraus ein nicht ganz einfaches, aber eindrückliches Buch geworden. *cw*

Sven Völker, Illustration, Sting, Text: Da ist heute ein kleiner schwarzer Fleck auf der Sonne. NordSüd Verlag, 2015, Bilderbuch, 44 Seiten, ISBN: 978-3-314-10305-6, Altersempfehlung: ab 7 Jahren, 19,99 Euro, zu beziehen über den AbL Verlag

Was Sie da vorhaben, wäre ja eine Revolution...



Dieses handliche kleine Buch dokumentiert ein Gespräch zwischen Erhard Eppler und Niko Paech. Zwei Menschen aus zwei Generationen, die sich im Grundsatz einig sind: es braucht eine ökologische Wende. Aber ihre Vorstellungen, wie eine solche aussehen oder gelingen kann sind sehr unterschiedlich. Moderiert von der Zeit-Redakteurin Christiane Grefe, ist so ein sehr interessantes und gut zu lesendes, wohlwollendes Streitgespräch entstanden über den richtigen Weg zur Veränderung. Eppler, Jahrgang 1926, ist als bekannter SPD Politiker und Publizist Umweltthemen stets politisch angegangen, er sieht Erfolge

in der Energiewende und „grünem Wachstum“. Für den Betriebswissenschaftler Paech, Jahrgang 1960, sind die Veränderung persönlicher Lebensstile und die gesellschaftlichen Bewegungen die treibenden Kräfte hin zu einer Postwachstumsgesellschaft. *cw*

Erhard Eppler u. Niko Paech, moderiert von Christiane Grefe: Was Sie da vorhaben, wäre ja eine Revolution... Ein Streitgespräch über Wachstum, Politik und eine Ethik des Genug, oekom Verlag, 2017, ISBN-13: 978-3-86581-835-5, gebunden, 208 Seiten, 14,95 Euro, zu beziehen über den AbL Verlag



Pfluglos ohne Glyphosat

Mit vier detaillierten Betriebsreportagen wird der Einstieg in die Sonderausgabe zur pfluglos ökologischen Bodenbearbeitung lebendig und greifbar. Vertiefende Beiträge zeigen mögliche Wege auf, wie Eingriffe in das Bodengefüge reduziert werden können – gerade im ökologischen Ackerbau, bei dem auf Herbizide verzichtet, aber dafür meist die Bodenbearbeitung intensiviert wird. Das Heft bietet verschiedene fachliche Anknüpfungspunkte – über Direktsaatverfahren, wie sie ihn den USA und Kanada im biologischen Anbau angewandt werden, Leistungen von Zwischenfrüchten, erweiterte Fruchtfolgen durch alternative Kulturen wie Körnerlinsen oder Leguminosengemengen bis zu Bodenleben,

Humusaufbau und Bodenbearbeitungstechnik. Natürlich ist das pfluglose Ackern damit nicht erschöpfend behandelt - andererseits kann die Vielfalt der Möglichkeiten und Philosophien Einsteiger schon verwirren. Als Anregung verstanden, können sich hier jedoch nicht nur Ökobauern und -bäuerinnen einlesen und von da aus tiefer einsteigen - oder einfach bei der herkömmlichen Ackerbearbeitung durch einzelne Aspekte inspirieren lassen. *cw*
Ökologischer Landbau ohne Pflug, Sonderheft, LOP Landwirtschaft ohne Pflug, 2016, Verlag Emminger Partner, ISSN 1432-9387, 114 Seiten, 24,90 Euro, www.pfluglos.de

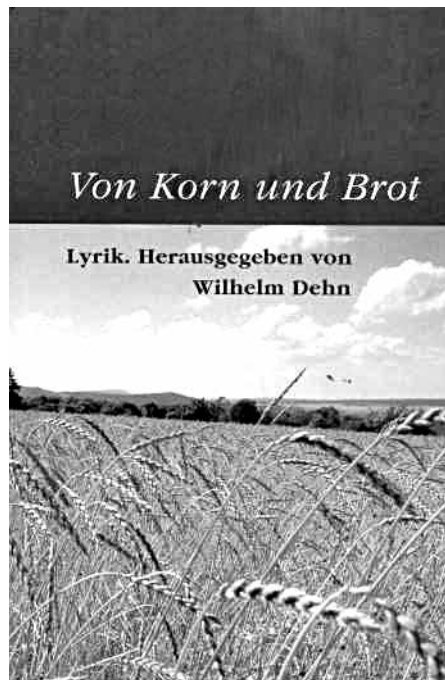


Lyrik zu Korn und Brot

In diesem kleinen Gedichtband sind ganz unterschiedliche Texte von bekannten und weniger bekannten Autoren versammelt, die alle auf direkte oder übertragene Weise mit Korn, Ackern, Brot und Erdverbundenheit zu tun haben, Gedichte u. a. von Mascha Kaléko, Eva Strittmatter, Wilhelm Busch, Charles Baudelaire, Peter Huchel, Gertrud Kolmar, Pablo Neruda. In dieser Vielfalt lässt sich gut stöbern - acht Abschnitte unterteilen in gemeinsame Stimmungen: „Brot holen war ein Fest“, „Was reif in diesen Zeilen steht“, „Tragen wir Tag für Tag“, „Schwerter zu Pflügen“, „Des Reises Rauschen im Wind“, „Geborgen im Kornfeld“, „Getreidezeit mit Atemzügen“, „Was bist Du für ein Ackerfeld?“.

Zusammengetragen hat diese Auswahl Wilhelm Dehn, ein Literaturwissenschaftler aus Hamburg, der selbst lange auf einem eigenen Ackerstück Getreide für eine Biobäckerei angebaut hat. „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein – geistige Nahrung benötigt er ebenso. Wie schön, wenn diese das Brot und das Korn, aus dem jenes gemacht ist, zum Thema hat“ – so die treffende Buchbeschreibung des Verlages. *cw*

Wilhelm Dehn (Hrsg.): Von Korn und Brot. Lyrik. Radius Verlag 2015, 112 Seiten, 15 Euro, ISBN 978-3-87173-747-3, zu beziehen über den AbL-Verlag



Leserbrief zum Kommentar von Michael Grolm, Bauernstimme 5/2017

Mich wundert, dass der Kommentator die geschilderten Erfahrungen erst in jüngster Vergangenheit gemacht hat. Ich, damals noch Bioland-Mitglied, merkte in einem Leserbrief nach der Wende Anfang der 90er Jahre an, dass in dieser Zeit auch schon im Bioland-Verband nach der Devise „Big is beautiful“ agiert wurde (man war ganz entzückt von der Vorstellung, ganze ehemalige LPGs mit tausenden von Hektaren umstellen zu können) und auch die Richtlinien eher von der Lobby der größeren Betriebe bestimmt wurden (unbeschränkte Erlaubnis von Beregnung,

Ausräumung der Landschaft, Anwendung von Kupfer, Aufweichung des Kreislaufgedankens usw.). Außerdem wurde das, was unsereiner so machte (ich wirtschaftete damals auf 6 ha) als „Museumslandwirtschaft“ diskreditiert. Ich regte weiterhin an, doch den Schriftzug „Dr. Müller“, der sich damals noch im Bioland-Logo befand, zu entfernen, da Dr. Müller in den 30er Jahren in der Schweiz die biologisch-organische Landwirtschaft mehr aus agrarpolitisch strukturellen Gründen entwickelt hatte, um der drohenden Industrialisierung der Landwirtschaft etwas entgegenzusetzen.

Dieser Leserbrief wurde in der Bioland-Zeitschrift nicht veröffentlicht. Die einzige Folge war, dass tatsächlich der Schriftzug „Dr. Müller“ still und heimlich aus dem Logo verschwand. Ich nahm das alles zum Anlass, meine Mitgliedschaft im Bioland-Verband zu kündigen und mich verstärkt in der AbL zu engagieren.

Wolfgang Eisenberg,
Bösen

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2017 Schwerpunkt: Wasser - 24,00 € 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit- 10,00 €, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

Matthias Stührwaldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
-je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Milch reist nicht gern - Milchbauern schon



In einer erzählerischen Fotoausstellung berichten die Milchbauern Johannes Pfaller und Christoph Lutze von ihrem Besuch im westafrikanischen Burkina Faso 2016. „Wir sind ja als Milchbauern gemeinsam mit dem European Milkboard (EMB), Misereor und Germanwatch nach Burkina Faso gefahren, um erst einmal zwischen der Situation hier und dort vergleichen zu können und Informationen zu sammeln“, erklärt Pfaller den Hintergrund, „wir haben gesehen, dass unsere EU-Produktion über Milchpulver zu Dumpingpreisen negative Auswirkungen auf die Produktion dort hat. Diese Information wollten wir hier in Deutschland auf eine interessante Art weitergeben.“ Die beiden Milchbauern schildern ihre Begegnungen mit den burkinischen Berufskollegen, darunter Mariam Diallo, die eine kleine Molkerei für 32 Milchbäuerinnen betreibt und der Union der Kleinmolkereien angehört. Elf anschauliche Texttafeln und acht Bildtafeln geben Einblick in die Situation der Milchbauern und -bäuerinnen in Burkina Faso und weisen auf die Zusammenhänge mit europäischer Handels- und Milchmarktpolitik hin. Im Hinblick auf mögliche Lösungen für bestehende Probleme geht es um die Verantwortung der EU, um Schutz- und Fördermöglichkeiten Burkina Fasos für die eigene Milchproduktion, die Zusammenarbeit der burkinischen Milcherzeuger und um den Austausch zwischen europäischen und burkinischen Berufskollegen. Ziel ist es, die Ausstellung an vielen verschiedenen Orten in Deutschland zu zeigen. Wer sich dafür interessiert und eine Ausstellung organisieren möchte, kann sich beim EMB unter office@europeanmilkboard.org melden.

rinnen betreibt und der Union der Kleinmolkereien angehört. Elf anschauliche Texttafeln und acht Bildtafeln geben Einblick in die Situation der Milchbauern und -bäuerinnen in Burkina Faso und weisen auf die Zusammenhänge mit europäischer Handels- und Milchmarktpolitik hin. Im Hinblick auf mögliche Lösungen für bestehende Probleme geht es um die Verantwortung der EU, um Schutz- und Fördermöglichkeiten Burkina Fasos für die eigene Milchproduktion, die Zusammenarbeit der burkinischen Milcherzeuger und um den Austausch zwischen europäischen und burkinischen Berufskollegen. Ziel ist es, die Ausstellung an vielen verschiedenen Orten in Deutschland zu zeigen. Wer sich dafür interessiert und eine Ausstellung organisieren möchte, kann sich beim EMB unter office@europeanmilkboard.org melden.



unabhängige Bauernstimme: Genuß beim Milchkaffee

06/2017

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (41,40 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 30 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,90 € bzw. 33,40 € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.